

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Sudan:
Bürgerkrieg ohne
Ende?**

3

**Magdeburg mon-
tags: Versuch der
Bewertung eines
Phänomens**

12

**Tarifflicht der
Universitäts-
kliniken wirkt sich
auf alle Kranken-
häuser aus**

14

**Wer ist die
„Preußische
Treuhand“?**

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Wachsende Armut

Handelsblatt, 24.8. rül. Das Statistische Bundesamt warnt in seinem gerade erschienenen „Datenreport 2004“ vor wachsender Armut. Deutschland drohe in den kommenden Jahren eine zunehmende Armut und wachsende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung, stellt das Amt fest. „Die Ergebnisse deuten bei den Bereichen Einkommen und Armut eine Trendwende an“, stellt das „Handelsblatt“ am 24.8.04 fest. Nachdem der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt, in Westdeutschland mehr als ein Jahrzehnt stabil gewesen sei und in Ostdeutschland nur langsam gestiegen sei, zeigten schon „für 2002 alle Indikatoren eine Zunahme der Armut. 2002 lebten demnach 13,1 Prozent der Deutschen in Armut, 2001 waren es 12,5 Prozent. Zudem sind in Ostdeutschland elf Prozent und im Westen sieben Prozent der Haushalte von Überschuldung bedroht“ (ebenda). Inzwischen dürfte sich diese Entwicklung – nicht zuletzt durch die Hartz-Gesetze und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit bei ausbleibendem wirtschaftlichen Wachstum – weiter beschleunigt haben. Auch im Vergleich zu anderen EU-Staaten sei das reale Einkommen gesunken. „Demnach geht es den Deutschen inzwischen nicht mehr besser als ihren Nachbarn, sondern sie sind im europäischen Vergleich in vielen Bereichen auf mittlere oder hintere Plätze abgerutscht.“ Das Vertrauen in ihre soziale Absicherung und in das Gesundheitswesen schwinde rapide.

Ausweisungen erschwert

BVerwG, 3.8. scc. Aufgrund von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) die Anforderungen an die Ausweisung sowohl von EU-Bürgern wie von türkischen Arbeitnehmern aus der BRD erhöht. Zwingende Ausweisungen und Regelausweisungen, wie sie § 47 des Ausländergesetzes bei schweren Straftaten vorsieht, dürfen gegen EU-Bürger nicht mehr verfügt werden. Die Ausländerbehörde muss zukünftig eine individuelle Ermessensentscheidung treffen, dabei müssen auch neue Tatsachen, die nach der Ausweisungsverfügung entstanden sind, berücksichtigt werden. In dem einen Verfahren des BVerwG ging es um einen portugiesischen Staatsangehörigen, der im Alter von 5 Jahren nach Deutschland gekommen und 1998 ausgewiesen worden war, weil er zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt worden war, und dagegen geklagt hatte. Das Verfahren wurde an den Verwaltungsgerichtshof in Kassel zurücküberwiesen; der müsse die „Persönlichkeitsentwicklung des Klägers seit seiner Widerspruchsentscheidung in den Blick nehmen“, eine „aktuelle Gefahrenprognose“ erstellen und außerdem berücksichtigen, dass sich die Lebensumstände des Klägers durch Hei-

rat und Vaterschaft erheblich geändert hätten. Ähnliche Anforderungen gelten auch für türkische Arbeitnehmer, die ein Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsrecht zwischen der EU und der Türkei haben. Die Grundsätze, die der Europäische Gerichtshof für die Ausweisung von freizügigkeitsberechtigten EU-Bürgern aufgestellt hatte, hat er auf assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörigen übertragen.

Kommt ein Entschädigungsgesetz?

dtn / faz, 26.7. maf. In ihrer neuesten Ausgabe (Nr.60, 26.7.2004) machen die Deutsch-Tschechischen Nachrichten (Nr.60, 26.7.2004) darauf aufmerksam, dass der neue Bundespräsident Köhler sich keineswegs gegen die Entschädigungsforderungen aus dem Umfeld der Vertriebenenverbände ausgesprochen hat. Bei seinem Antrittsbesuch in Polen habe Köhler sich mit den Worten „Ich mache mir dies zu eigen“ auf die „Danziger Erklärung“ bezogen, die noch von seinem Amtvorgänger Rau und dem polnischen Staatspräsident Kwasniewski im Oktober 2003 unterzeichnet worden war. Der entsprechende Passus der Danziger Erklärung beziehe sich aber nicht auf private, sondern nur auf staatliche Ansprüche. Das hätte Johannes Rau unmittelbar nach der Unterzeichnung bei einer Pressekonzferenz in Gdansk auf Nachfrage eines Journalisten ausdrücklich klargestellt. – Inzwischen hat auch Bundeskanzler Schröder Polen besucht. Er hat dort erklärt, dass die Bundesregierung Forderungen Privater nicht unterstütze und sich in diesem Sinne vor jedem internationalen Gericht äußern werde. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.8.2004 weist nun auf die gesetzliche Situation hin. Frühere Bundesregierungen seien nicht ganz unschuldig daran, dass nun nach dem EU-Beitritt Polens uralte Vermögensansprüche geltend gemacht würden. In der stillen Erwartung, dass es ein so vereintes Europa niemals geben werde, habe man bei den Vertriebenen Hoffnungen genährt, die man niemals erfüllt sehen wollte. Die Zeitung regt an, die Bundesregierung solle auf das Ansinnen der BdV-Vorsitzenden Steinbach eingehen, die Regierung möge ein Gesetz auf den Weg bringen „und die Dinge mit den Vertriebenen regeln, die noch zu regeln sind“.

Sämtliche Ausgaben der Deutsch-Tschechischen Nachrichten sind unter der Adresse <http://www.gnn-archiv.staticip.de/archiv/DTN/> dokumentiert. Ein Jahresabo kostet 17.50 Euro.

CDU will „innerdeutsches Europol“

PM CDU, 24.8. scc. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung des baden-württembergischen Innenministers Rech (CDU), ein zentrales „Zentrum zur Terrorismusbekämpfung“ einzurichten. Ein solches Zentrum hatte die Fraktion selbst in einem Posi-

tionspapier von Juni 2004 gefordert. Die „epochale Bedrohung durch den islamistischen Terror“, so die Fraktionssprecher Koschyk und Binninger, erforderten „außergewöhnliche Maßnahmen“. Ein Nebeneinander von 37 eigenständigen Bundes- und Landesbehörden, die sich mit der „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ beschäftigten, könne man sich nicht leisten. Bei der Zentralisierung der Polizei und weiteren Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten wolle man aber nicht die Landesverfassungsschutzämter abschaffen und in Außenstellen eines übermächtigen Bundesamtes verwandeln: „Vielmehr muss eine Zentralstelle geschaffen werden, die rund um die Uhr [auf] die Informationen aller Sicherheitsbehörden zugreifen kann und diese bündelt sowie analysiert.“

Eurokorps übernimmt Kommando in Afghanistan

PM BR, 9.8. scc. Am 9. August hat das Eurokorps mit 2000 Bundeswehrsoldaten für sechs Monate das Kommando über die Internationale Schutztruppe für Afghanistan (ISAF) übernommen. Das Eurokorps wurde 1992 durch Deutschland und Frankreich unter Beteiligung Belgiens gebildet, später schlossen sich auch Spanien und Luxemburg an. Ihm sind rund 60.000 Soldaten aus den beteiligten Ländern unterstellt. Die Übernahme des ISAF-Kommandos ist der erste Einsatz des Korps außerhalb Europas. Der deutsche Generalmajor Löser ist stellvertretender Oberbefehlshaber des Einsatzes.

Werftenverbund rückt näher

HB/FT. rül. Die Fusion dreier deutscher Großwerften unter Führung der Thyssen-Krupp (TK) Technologies rückt näher. TK und der US-Investor One Equity Partner (OEP) sollen sich auf die Struktur des neuen Verbundes geeinigt haben. Danach bleiben die drei Standorte HDW-Werft in Kiel, Blohm + Voss in Hamburg und Thyssen Nordseewerke in Emden bestehen. TK soll 75% des gemeinsamen Konzerns, der „European Marine Systems AG“ heißen soll, halten, OEP die übrigen 25%. Von den derzeit 9.300 Arbeitsplätzen in den drei Werftstandorten sollen 1.300 wegfallen. Streit gibt es noch über die damit verbundene Spezialisierung an den jeweiligen Standorten. Die Eigentümer sollen planen, in Hamburg und Emden den Bau von Überwasser-Marineschiffen zu konzentrieren. In Emden sollen zusätzlich Handelsschiffe gebaut werden. Alle U-Boot-Aktivitäten werden in Kiel gebündelt. Die IG Metall dagegen will die Entstehung von Monostrukturen an einzelnen Standorten verhindern. Sie verlangt, dass an jedem Standort militärischer und ziviler Schiffbau bleiben soll. Nur dann hätten die Standorte Überlebenschance. Mit dem Verbund, dessen Verträge im September unterzeichnet werden sollen und der dann Anfang 2005 in Kraft träte, würde Thyssen Krupp zum



Bundesagentur vermittelt „Sicherheitskräfte“ in den Irak. imi. scc. Einer Pressemeldung des Europaabgeordneten Tobias Pflüger zufolge vermittelt die Bundesagentur für Arbeit jetzt zur Flughafenüberwachung in Mosul „geprüfte Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte“ für „Patrouillendienste, Personenkontrolle, Objektbewachung“. In ihrem Auftrag vermittelt die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) Fach- und Führungskräfte ins Ausland, so auch in diesem Fall. Eine ZAV-Mitarbeiterin bestätigt die Angaben Pflügers gegenüber mehreren Pressediensten: Die ZAV habe eine entsprechende Anzeige in ihrer Zeitschrift „Markt und Chance“ verbreitet, es handele sich dabei um die Stellenanzeige eines deutschen Arbeitgebers, der eine erfahrene Sicherheitsfachkraft suche. Gelockt wird mit einem „überdurchschnittlichen Gehalt und ... [einer] Lebensversicherung“. Wie auch in dieser Zeitung schon berichtet, haben die Besatzungstruppen im Irak zahlreiche Funktionen an bezahlte Söldner abgegeben, die von privaten Agenturen vermittelt werden und für ein Gehalt von bis zu 1000 Euro/Tag dabei auch außerhalb jeden Gesetzes operieren.

Weltmarktführer in dem als lukrativ eingestuften U-Boot-Bau. Gleichzeitig deuten Presseberichte darauf hin, dass im Hintergrund Verhandlungen mit der Bundesregierung über eine Beschleunigung der Marine-Rüstung stattfindet. Schon vor Wochen hatte das „Handelsblatt“ gemeldet, die Industrie verhandle mit dem Verteidigungsministerium über ein Vorziehen von Aufträgen zum Bau neuer Fregatten. Der zu Beginn der Verhandlungen genannte zweite Schritt, die Zusammenführung dieses deutschen Werftkonzerns mit französischen Werften, scheint dagegen in weitere Ferne zu rücken. „Frühestens in drei Jahren“ zitiert das „Handelsblatt“ einen nicht namentlich genannten deutschen Manager, sei eine solche Großfusion machbar.

Informationelles Selbstbestimmungsrecht ausgehöhlt

kun. Bisher waren elektronische Telefonverzeichnisse, mit denen sich anhand einer Telefonnummer der Name des Anschlussinhabers ermitteln ließ, laut Telekommunikations- und Datenschutzverordnung vom 1996 (TDSV § 14 Abs. 4) verboten. Seit Anfang dieses Monats könnten solcher Art „SuchCD's“ auch in der BRD vertrieben werden. „Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz“, so eine von der Deutschen Telekom an ihre Kunden verschickte Mitteilung, „darf die so genannte Inversuche in Deutschland als zusätzliche Dienstleistung angeboten werden.“ Das neue Telekommunikationsgesetz (TKG) verschlechtert – allerdings in geringerem Umfang, als es der Kompromissvorschlag des Vermittlungs-

ausschusses zunächst befürchten ließ – die Datenschutzbestimmungen auch an anderer Stelle. Am 14. Mai trat die neue Regelung in Kraft. Seitdem verschickt die Telekom ihre Mitteilungen an alle Kunden. Offensichtlich hat man es mit der Einführung des neuen, kostenpflichtigen Auskunftsdienstes eilig, denn die Inversuche ist nur erlaubt, wenn der Anschluss im Telefonbuch eingetragen ist und der Inhaber nach der Benachrichtigung keinen Widerspruch einlegt. Die Sperrung der Datenweitergabe geschieht per einmaligem Anruf (Tel.: 01375103300, 0,12 Euro/je Verbindung).

Zwar entfiel die von den unionsgeführten Bundesländern gestellte Forderung, nach Speicherung der Telekommunikationsverbindungsdaten über einen Zeitraum von sechs Monaten, allerdings nicht wegen der irrwitzigen Ausweitung der personenbezogenen Überwachungsdaten. Vielmehr wollen „wir der Wirtschaft Mehrbelastungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro ersparen“, so Hubertus Heil, Sprecher für Telekommunikationspolitik der SPD-Fraktion. Die Wirtschafts- und Branchenverbände wie BITKOM oder eco reagierten entsprechend wohlwollend auf die Neuregelung. Während neue Telekommunikationsgesetz den Betreibern und Providern die Kosten für die richterlich abgesehenen Abhöraktionen erstattet, verlangt es auf der anderen Seite bei der Schleppnetzfahndung von ihnen die „kostenneutrale Übermittlung der Verbindungsdaten“, mit deren Hilfe die Sicherheitsbehörden (Joker-Suche) die Profile der Nutzer auswerten.

Zusammenstellung: scc

Bürgerkrieg ohne Ende?

Im Mai diesen Jahres unterzeichneten die sudanische Regierung und die wichtigsten Rebellengruppen des Südsudan die letzten Vereinbarungen, die zusammen mit den seit Juni 2002 unterzeichneten Protokollen die Grundlage eines Friedensvertrages bilden sollen. Dieser Friedensvertrag sollte, so die Planung, noch Ende August abgeschlossen werden. Doch während die Hoffnung aufkeimt, der mühsame und von vielen Rückschlägen begleitete Friedensprozess könnte den jahrzehntelangen Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan beenden, eskaliert in Darfur im Westen des Landes ein Konflikt, der auch den fragilen Frieden zwischen Nord und Süd bedroht.

Ein mörderischer Bürgerkrieg in einer von Krisen geschüttelten Region

Der Sudan ist mit einer Fläche von mehr als 2,5 Mio. qkm nur wenig kleiner als Indien, doch leben auf dem riesigen Territorium nicht einmal 30 Mio. Menschen. Die Bevölkerung setzt sich aus über 50 ethnischen Gruppen zusammen. Im Norden leben überwiegend muslimische Araber, aber auch nubische Stämme, im Süden Christen und Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen. Gewaltige regionale Entwicklungsunterschiede erhalten durch die kulturellen Trennlinien und Widersprüche zusätzliche Brisanz.

Seit der Unabhängigkeit 1956 wird, mit einer Pause nur zwischen 1972 und 1983, die ehemalige britische Kolonie von einem der längsten und mörderischsten Bürgerkriege der Neuzeit zerrissen. Mehr als zwei Millionen Menschen verloren seit 1983 ihr Leben, rund fünf Millionen

mussten – schon vor der Eskalation in Darfur – fliehen. Der außerordentlich komplexe Konflikt, in dem sich vor allem Rebellen des Südens mit der Zentralregierung in Khartum gegenüberstehen, hat Auswirkungen auf die gesamte, an Krisen und Konflikten reiche Region. Mit Ägypten, Tschad, Äthiopien, Eritrea, Uganda, Kenia und der Zentralafrikanischen Republik sind oder waren sieben der neun Nachbarstaaten Sudans in diesen Konflikt mehr oder weniger stark involviert, bzw. sind die Konflikte in diesen Ländern mit dem Konflikt im Sudan verwoben, was seine friedliche Lösung noch schwerer macht. Auch der eskalierende Konflikt in Darfur kann jederzeit in einen zwischenstaatlichen Krieg zwischen Sudan und dem Tschad umschlagen.

Der Friedensprozess zwischen Nord- und Südsudan

Das erste, 1972 geschlossene Friedensabkommen hielt elf Jahre. Den ersten Bürgerkrieg, den es beendete und der bis zu 700.000 Menschen das Leben kostete, hatte die britische Kolonialmacht wesentlich zu verantworten. Mit Beginn seiner Unabhängigkeit war der Sudan politisch, ökonomisch und kulturell tief gespalten. Die Kolonialmacht hatte eine selektive Entwicklung im Norden gefördert und Ansätze eines ohnehin kaum entwickelten Bildungswesens auf den Norden konzentriert. Auch staatliche Einrichtungen und Infrastruktur existierten praktisch nur im Norden. Sie übergab die Macht an die schmale Elite im Norden, die sogleich daran ging, mit einer Politik der Arabisierung und Islamisierung den kaum entwickelten schwarzafrikanischen Süden zu unterwerfen.

Die alten Konflikte brachen mit neuer Macht auf, als 1978 Ölfelder im Südsudan entdeckt wurden. Die Funde verstärkten eine Auseinandersetzung, die sich am Wasser schon heftig entzündet hatte. Im Norden nämlich herrscht trockenheißes Steppenklima mit wenigen kurzen Regenfällen, die Landwirtschaft

ist auf Bewässerung angewiesen. Der Süden des Landes dagegen verfügt aufgrund hoher Niederschläge über wichtige Wasserreserven. 1978 begann Khartum mit Hilfe der Weltbank mit dem Bau eines Kanals, mit dem Wasser des Weißen Nils nach Norden umgeleitet und zu Bewässerungsprojekten genutzt werden sollte. Dieser Kanal hätte jedoch die Sudd-Sümpfe trockengelegt, das Weidegebiet großer Viehherden, und damit die Lebensgrundlage einer halben Million Nomaden im Süden zerstört. Der Bau musste später, 1984, aufgrund der Kämpfe eingestellt werden.

Das ist der Hintergrund für die erneute Zuspitzung des Konflikts nach einigen Jahren ohne Krieg. 1983 nahm der damalige Staatspräsident Numeiri die 1972 vereinbarte Autonomie des Südsudan zurück. Er zerlegte den Südsudan so, dass die 70 Ölfelder zu einem Distrikt zusammengefasst wurden, der unmittelbar der Verwaltung von Khartum unterstellt wurde. Dies ging einher mit der Einführung des islamischen Rechts, der Scharia, für den gesamten Süden.

Der Bürgerkrieg flammte erneut auf. Kombattanten waren und sind vor allem die südsudanesischen SPLM/A (Sudan People's Liberation Movement/Army) und die Truppen der Zentralregierung. Der SPLM/A gelang es Ende der 80er und nach Abspaltungen und Rückschlägen wieder ab Mitte der 90er Jahre, große Teile des Südsudan unter ihre Kontrolle zu bringen. Unter der Losung „Neuer Sudan“ trat die SPLM/A für die Demokratisierung des ganzen Landes und die Trennung von Staat und Religion sowie für die Selbstbestimmung des Südsudan ab. Aber nicht nur die Zentralregierung ist für Hunger, Leid, Tod und Vertreibung von Millionen Menschen im Südsudan verantwortlich. Die Rebellenbewegung spaltete sich Ende der 80er Jahre in zahlreiche Fraktionen, ihre Milizen bekämpften sich, vielfach mit Hilfe der Zentralregierung oder unterstützt durch auswärtige Mächte, z.B. Äthiopien, gegenseitig; oft führten sie sich wie Besatzungstruppen auf, die junge Männer zwangsrekrutierten und die Bevölkerung ausplünderten und quälten. Erst allmählich, im Laufe der 90er Jahre, bemühte sich die SPLM/A, das Unwesen des Kriegsherrentums etwas zurückzudrängen und ansatzweise eine Verwaltung aufzubauen, die Verteilung der Hilfsgüter zu regeln und ähnliches mehr.

Ein gutes Dutzend Friedensinitiativen ist in den vergangenen beiden Jahrzehnten an der Komplexität des Konfliktes und den verhärteten Positionen der Akteure gescheitert.

Erst im Jahr 2002 rückte eine Lösung in greifbare Nähe. Manche Quellen gehen davon aus, dass vor allem die USA Druck auf die Kriegsparteien ausübten, um einerseits den Sudan als Unruheherd und Hinterland islamistischer Fundamentalisten auszuschalten, andererseits den neuen Ölmarkt zu erschließen. 1999 je-





Zehntausende bewaffnete junge Männer müssen eingegliedert werden

denfalls war die Pipeline nach Port Sudan fertiggestellt und die Ölförderung aufgenommen worden.

Ein anderer Grund ist darin zu sehen, dass vor allem die südlichen Landesteile ausgeblutet waren, aber auch die Zentralregierung stark geschwächt und überdies infolge des Krieges immens verschuldet war, ohne dass sich der Sieg der einen oder anderen Seite abzeichnete. Es war klar, dass der Konflikt militärisch nicht entschieden werden konnte.

Nach langen Verhandlungen, die von Eritrea, Äthiopien und Uganda geleitet wurden und an denen die USA, Norwegen, Großbritannien und später Italien, die UNO und die Afrikanische Union als Beobachter teilnahmen, unterzeichneten die Kombattanten im Juni 2002 das Machakos-Protokoll, das den Rahmen für einen zukünftigen Friedensvertrag bildete und als wichtigste Punkte, die im weiteren Verlauf ausgearbeitet werden sollen, beinhaltet: Der Einheit des Landes soll von allen Parteien Priorität eingeräumt werden; 2008 findet im Süden ein international überwacht Referendum über die Einheit oder Lostrennung statt; während der Interimsphase wird der Süden durch eine autonome Regierung regiert; in der Verfassung des Südens wird die Scharia keine Rechtsquelle sein, im Norden bleibt sie es wenigstens während der Interimsperiode.

Mit diesem Protokoll waren zwei wesentliche Hürden überwunden: das Verhältnis von Staat und Religion und das Recht auf Selbstbestimmung des Südens. Weitere Vereinbarungen wurden, trotz vielfacher Rückschläge, im September 2003 und im Januar 2004 getroffen. So einigte man sich u.a. auf die Aufteilung der Öl- und anderen staatlichen Einnahmen, das Management des Ölsektors, die Einrichtung einer monitoring-Behörde für die Staatsfinanzen und den Wiederaufbau der vom Krieg betroffenen Gebiete. Das im Mai 2004 vereinbarte Abkommen schließlich regelt im Detail die im Machakos-Protokoll ausgehandelten

Punkte. Die Unterzeichnung des Abschlussdokuments des Friedensvertrags ist, wie gesagt, für Ende August vorgesehen; zwischenzeitlich waren jedoch die weiteren Verhandlungen unterbrochen.

Bedrohter Frieden

Dass der Friede noch keineswegs gesichert ist, beweist die Tatsache, dass es trotz Waffenstillstandes immer wieder zu Kämpfen zwischen Armee und Rebellengruppen kommt. Auch durch Übergriffe ugandischer Truppen auf den Südsudan bei der Verfolgung ugandischer Rebellen kam es in den letzten Tagen zu erneuten Gefechten.

Es wird lange Zeit benötigen, die Folgen des Krieges zu überwinden. Millionen Flüchtlinge, die im Land umherirren oder in den Nachbarländern leben, müssen wieder eingegliedert werden. Wie lassen sich die zahllosen Milizen in Nord und Süd einbinden und auflösen? Völlig unklar ist, ob und wie die Umstellung von der Kriegsökonomie auf eine Friedensökonomie gelingt. Anders als 1972 hat der Süden jetzt erreicht, dass er nicht von Zahlungen aus dem Norden abhängig ist, sondern an den Öleinnahmen partizipiert. Aber das allein löst die immensen wirtschaftlichen Probleme nicht, schon gar nicht, wenn keine langfristige Entwicklungsstrategie erkennbar ist. Denn die Ölvorkommen des Sudan werden bei intensiver Ausbeute nach der vergleichsweise kurzen Zeitspanne von 20 Jahren erschöpft sein – und dann?

Besonders problematisch ist, dass der Friedensprozess die Hauptakteure des Nord-Süd-Konflikts einbezieht, die anderen Konfliktlinien aber außer Acht lässt. Nicht nur der Südsudan, auch der Osten und Westen des Landes sind im Vergleich zum Norden vernachlässigt, kaum entwickelte Regionen. Der schon lange schwelende Konflikt im Westen, in Darfur, entwickelt sich nicht nur zu einer großen Tragödie. Er enthält auch eine Menge Zündstoff für einen gewaltigen Flächenbrand.

Darfur: Stammeskonflikte eskalieren zu einem neuen Bürgerkrieg

Seit Mai erst nimmt die Weltöffentlichkeit von der Katastrophe in Darfur Kenntnis. Über die Zahl der Opfer gibt es nur Schätzungen. Man geht von rund einer Million Flüchtlingen aus, 1000 zerstörten Dörfern und mehreren zehntausend Toten in den letzten 18 Monaten und davon, dass selbst bei optimaler Hilfe weitere Zehntausende in den nächsten Monaten an Hunger und Krankheit sterben werden. Die Landwirtschaft in dem Gebiet, das so groß ist wie Frankreich, liegt in weiten Teilen brach, die Sommerernte kann nicht eingebracht werden. 3,5 Millionen Menschen sind akut von Hungersnot bedroht.

In den deutschsprachigen Medien wird, mit geringen Ausnahmen, der Konflikt als Vertreibungskrieg von Arabern gegen Schwarzafrikaner charakterisiert. Brandschatzung, Massenvergewaltigung, Verwüstungen, Massaker und mörderische Angriffe „arabischer“ Reitermilizen und die Vertreibung bzw. Massenfucht Hunderttausender Menschen sind durch unzählige Berichte bezeugt. Auch ist kaum strittig, dass die Reitermilizen, die Dschandschawid, zumindest zeitweilig unter dem Schutz und mit Unterstützung der Regierung in Khartum vorgingen. Allerdings ist die Berichterstattung einseitig, zeichnet den Konflikt in Schwarz-Weiß, was in Darfur ebenso wenig wie im Krieg zwischen Nord und Süd zutrifft. Nicht nur die Dschandschawid sind für die Gewalt und ihre Eskalation, unter der die Zivilbevölkerung leidet, verantwortlich, auch die Darfur-Rebellen. Vor allem ist über die Ursachen und die Geschichte des Konflikts wenig zu erfahren. Das führt zu einer Dämonisierung der „Araber“ und ist wohl im Zusammenhang damit zu sehen, dass verschiedene Nato-Mächte mit Militärintervention drohen.

Der Norden der Region liegt in der trockenen Sahelzone. Seit je wandern die in der Wüste lebenden Nomaden – sie werden, weil sie arabisch sprechen, „Araber“ genannt – mit ihren Kamelherden in der Trockenzeit nach Süden. Hier siedeln überwiegend sesshafte Bauern, die vom Ackerbau leben. Nomaden und Bauern fanden lange Zeit Mechanismen der Konfliktregulierung, die Schlimmstes verhüteten. Die Wege, die die Nomaden nehmen konnten, waren genau festgeschrieben, ebenso die Zeiten des Weidewechsels entlang bestimmter Nord-Süd-Korridore. Und wenn die Nomaden ihre Kamelherden auf den Feldern der Bauern weideten, revanchierten sich diese mit Viehdiebstahl oder auch der Vergiftung von Brunnen.

Seit den 80er Jahren wurden die Konflikte gewalttätiger. Die Dürreperioden nahmen zu, Folge der weltweiten Klimaveränderungen. Man schätzt, dass die Wüste jedes Jahr 6 km nach Süden vorrückt. Wasserstellen versiegen, das Wei-

deland wird immer knapper, das Ackerland unfruchtbarer. Dabei hat sich die Bevölkerung der Region in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Die Konkurrenz um Wasser und Land verschärfte sich immens und zersetzte die traditionellen Formen der Konfliktregulierung. Zwischen 1985 und 1988 kam es mehrfach zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Fur – nach ihnen ist die Region benannt – und nomadisierenden Viehzüchtern. Auch während der 90er Jahre und verstärkt Anfang des Jahrtausends flammten immer wieder regional begrenzte Kriege zwischen sesshaften Bauern und nach Süden drängenden Nomaden auf, die meist durch Angriffe der Nomadenstämme ausgelöst wurden. Diese erhielten, weil sie seit den 80er Jahren mit Gewehren ausgerüstet waren, den Beinamen Dschandschawid, „Reiter mit Gewehren“. Verschärft wurden die Auseinandersetzungen unter anderem noch dadurch, dass die Zentralregierung die Nomaden einseitig unterstützte, während z.B. die Fur Unterstützung durch die südsudanesischen Rebellen erhielten.

Am 25. Februar 2003 rief die Darfur-Befreiungsfront, die 2000 gegründet worden war und sich 2003 in Sudanesische Befreiungsfront (SLA) umbenannte, zum Aufstand. Erstmals schlossen sich fast alle „afrikanischen“ Stämme Darfurs, vor allem die Fur, Zaghawa und Masalit¹, im Widerstand zusammen.² Gesichert scheint, dass sie dabei von der südsudanesischen SPLM/A unterstützt wurden, die durch die Eröffnung einer zweiten Front eine Schwächung der Zentralregierung bei den Verhandlungen erwarten konnte.

Die Darfur-Rebellen, die sich auf Selbstverteidigungsmilizen stützten, waren gut bewaffnet und führten zahlreiche erfolgreiche Angriffe gegen Militärposten und Polizeistationen. Die Regierungstruppen erlitten zunächst eine Niederlage nach der anderen. Sie waren vor allem dadurch geschwächt, dass ihre Hauptkontingente im Südsudan stationiert waren und außerdem die Darfuris rund 50% der Soldaten stellten, von denen viele desertierten. Die Zentralregierung entschied sich für die „militärische Lösung“ und verlegte Truppen aus dem Süden nach Darfur. Als die SLA in einer spektakulären Militäraktion den Flughafen von Al-Fascher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, ein- und einen Luftwaffengeneral gefangen nahmen, reagierte die sie mit der Säuberung der Provinzverwaltungen und u.a. damit, dass sie Dschandschawid-Milizen in die Armee eingliederte. Damit nahm die Brutalität der Kriegsführung enorm zu, die Stammeskonflikte eskalierten vollends zum Bürgerkrieg. Die Dschandschawid griffen die Dörfer der Bauern an und erhielten dabei zunehmend Unterstützung durch die Luftwaffe der Zentralregierung.

Ein vorübergehend geschlossenes Waffenstillstandsabkommen endete im Dezember 2003, die Kämpfe in der Dar-



Darfur – unablässig schiebt sich die Wüste vor

fur-Region nahmen wieder zu. Die Regierungstruppen eroberten Städte, in denen sich die Rebellen festgesetzt hatten, zurück, die Fluchtbewegungen nahmen ein großes Ausmaß an. Die Kämpfe endeten auch dann nicht, als die Regierung im Februar 2004 den „vollständigen Sieg“ und das „Ende der Kampfhandlungen“ verkündete.

Bei imperialistischer Intervention droht weitere Eskalation. Nur bei einer friedlichen Lösung kann sich der Sudan den großen Entwicklungsproblemen wirklich zuwenden.

Aufgrund des internationalen Drucks hat sich die Zentralregierung in den letzten Monaten zu einem neuen Waffenstillstand und Friedensgesprächen bereit erklärt. Mehrere Anläufe zu Gesprächen scheiterten, aber am 23. August begannen sie in Nigeria unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union.

Im Juli hatte der UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, in der er die Regierung in Khartum aufforderte, die Dschandschawid binnen 30 Tagen – bis Anfang September – zu entwaffnen, und Sanktionen androhte. Die Resolution ist eher vage gehalten, aber im Hintergrund steht die Drohung einer Militärintervention. Frankreich hat bereits mehrere hundert Soldaten an die Grenze zwischen Tschad und dem Sudan verlegt. Der britische Premierminister kündigte an, gegebenenfalls bis zu 5000 Soldaten schnell entsenden zu können. Der US-Kongress hat eine Resolution verabschiedet, in der die sudanesishe Regierung wegen „Völkermord“ verurteilt wurde. Auch in der BRD gibt es Stimmen, so der Sudan-Beauftragte und frühere Innenminister Baum, die einer Militärintervention unter Beteiligung der BRD das Wort reden.

Eine solche Militärintervention, ob unter dem Mantel der UNO oder nicht, löst die dem Bürgerkrieg zugrunde liegenden Konflikte nicht, sondern verschärft sie, und sie würde den Krieg der westlichen gegen die islamische Welt weiter anheizen. Nicht zuletzt beinhaltet sie die Gefahr, dass der gesamte Sudan, Nord, Süd, West und Ost, im Krieg versinkt. Wie scheinheilig die zur Rechtfertigung angeführten Gründe – Verhinderung der humanitären Katastrophe – sind, wird daran ersichtlich, dass nahezu alle Nato- und auch westliche Nicht-Nato-Staaten wie die Schweiz in großem Umfang Kleinwaffen, die Massenvernichtungswaffen der Bürgerkriege, in den Sudan exportieren und damit am Bürgerkrieg verdienen. Die deutsche Rüstungsfirma Heckler & Koch z.B. lässt das Schnellfeuergewehr G3 in Lizenz u.a. auch im Sudan produzieren. Ein wichtiger Schritt zur Austrocknung der Bürgerkriege wäre deshalb ein Verbot von Waffenexporten und Lizenzproduktionen.

Die Afrikanische Union hat angeboten, eine Schutzmacht von bis zu 3000 Soldaten, vor allem aus Ruanda und Nigeria, zu entsenden, sofern die sudanesishe Regierung einverstanden ist. Die lehnt das Angebot gegenwärtig ab. Aber auch die sudanesishe Regierung weiß letzten Endes, dass der Konflikt in Darfur militärisch nicht lösbar ist und dass der Bürgerkrieg keinen „Sieger“ kennen wird.

scc

1 Die Verwicklung mit Konflikten im Tschad soll hier nur angedeutet werden. Der Militärführer der SLA hatte 1990 zu den Kommandanten des siegreichen Feldzugs gehört, der von Darfur aus in den Tschad führte und in dessen Hauptstadt Ndjamena den Zaghawa-Politiker Déby an die Macht brachte.

2 2003 entstand in Nord-Darfur eine zweite Rebellenbewegung, die zum Islamismus tendierende Bewegung für Gleichheit und Gerechtigkeit (JEM)

Quellen

- Ivo Brandau, Zu den Erfolgsaussichten des IGAD-Friedensprozesses im Sudan, Afrika im Blickpunkt, Juli 2004
Jean-Louis Péninou, Als die Reiter Gewehre erhielten, Le Monde diplomatique, 14.5.04
Martin Ling, Der Konflikt in Darfur hat viele Dimensionen, ND 29.5.04
Christopher Steinmetz, Sudan: Konflikte seit einem halben Jahrhundert
Anton Holberg, Sudan: Der Krieg nach dem Krieg, Junge Welt, 9.1.04
Thomas Schmidinger, Zwischen Himmel und Erde, Iz3W, 260/2002
Sudan: Chronik wichtiger Ereignisse, fortlaufend, www.friedensratschlag.de
Sowie weitere Artikel vor allem aus der FAZ und NZZ 2004

Bei den letzten Landtagswahlen in Brandenburg errang die PDS 23,3% der Stimmen. Die Umfrageergebnisse von Mitte August sehen die PDS in diesem östlichen Bundesland erstmals vorne: Mit 29% der Stimmen erreichte sie einen Zuwachs von 9 Prozentpunkten innerhalb von vier Monaten. Die SPD lag derselben Umfrage zufolge bei 28% (1999: 39,3%), die CDU bei 26% (1999: 26,5%). Könnte die PDS die Umfragewerte bei den Landtagswahlen am 19. September ansatzweise erreichen, dann hätte sie nicht nur ihre Europawahlergebnisse stabilisiert und ausgebaut, dann wäre sie auch mit der Frage konfrontiert, ob sie als womöglich stärkste politische Kraft Regierungsverantwortung übernimmt.

Als Regierungspartei käme die PDS in die Situation, Hartz IV mit umzusetzen. Um so mehr interessiert, mit welchem Programm die PDS antritt und woran sie, ob in der Opposition oder in der Regierung, sich messen lassen muss. Aus diesem Grund dokumentieren wir ihr jetzt vorgestelltes 10-Punkte-Programm für die ersten 100 Tage der neuen Legislaturperiode. Red.

PDS Brandenburg

10 Aufgaben für 100 Tage

Brandenburg braucht einen Politikwechsel. Die Landtagswahl am 19. September 2004 soll unserem Land einen Weg eröffnen, der über soziale Gerechtigkeit und Solidarität, politische, wirtschaftliche und ökologische Erneuerung, demokratisches Engagement und Toleranz in die Zukunft führt.

Die Dinge nachhaltig zum Besseren zu wenden, wird viel Kraft und auch Zeit kosten. Umso dringender ist es, unverzüglich zu beginnen. Das heißt: In den ersten hundert Tagen nach der Konstituierung des neuen Landtages müssen mindestens folgende Aufgaben angepackt werden:

1. Hartz IV stoppen

Das Land Brandenburg bringt unverzüglich eine Bundesratsinitiative ein, um das Vierte Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) im Interesse der sozialen Stabilität des Landes wie ganz Ostdeutschlands aufzuheben und durch ein Reformpaket zum integrierten Umbau der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung in strukturschwachen Regionen wie Ostdeutschland zu ersetzen.

Für ein Landesbeschäftigungsprogramm sowie für das 610-Stellen-Programm ist die notwendige Grundfinanzierung zu sichern.

2. Kassensturz und Haushaltsentwurf 2005 mit mehr sozialen Akzenten

Bereits unmittelbar nach den Wahlen ist ein Kassensturz vorzunehmen – eine radikale Überprüfung und Offenlegung aller Posten nach Sinn und Summe sowie

nach personeller Verantwortung. Sinngemäß gilt das für die vielfältigen Beteiligungen des Landes, bei denen die Landesinteressen klar definiert und zum Kriterium für das weitere Verfahren werden müssen.

Die Landesregierung legt einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 vor, der deutlich soziale Akzente setzt.

3. Änderungen des Schulgesetzes

Die Mindestschülerzahl für die Eröffnung einer Jahrgangsstufe 7 an brandenburgischen Schulen wird auf 30 gesenkt.

Gesamt- und Realschulen werden künftig zu integrativen Sekundarschulen zusammengeführt.

Für die Schülerbeförderung werden keine Elternbeiträge mehr erhoben.

4. Einsetzen einer Enquete-Kommission „Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg“

Die neue Landesregierung soll eine Enquete-Kommission einsetzen. Ziel ist die Erfassung der natürlichen Potenziale und Entwicklung einer Strategie zur Gestaltung nachhaltiger Produktions- und Lebensweisen – im engen Zusammenwirken mit Berlin – sein.

5. Flughafen

Die neue Landesregierung zieht die Schlussfolgerungen aus den gescheiterten brandenburgischen Großprojekten. So wird für den geplanten künftigen Flughafen in Schönefeld umgehend eine Wirtschaftlichkeitsprüfung eingeleitet und ein Finanzierungskonzept erarbeitet.

6. Vergabegesetz

Mit einem Landesvergabegesetz werden die örtlichen und regionalen Unternehmen besser gestellt, wenn es um die Erteilung öffentlicher Aufträge geht. Dabei werden Betriebe begünstigt, die ausbilden und Entlohnung nach den ortsüblichen Tarifen zahlen.

7. Gemeinsame Hochschulplanung mit Berlin

Die neue Landesregierung nimmt formelle Verhandlungen mit dem Senat von Berlin über eine gemeinsame Hochschulplanung von Brandenburg und Berlin auf.

8. Härtefallkommission

Um einen menschenwürdigen Umgang mit Asylbewerbern in Brandenburg zu gewährleisten, wird unverzüglich eine Härtefall-Kommission eingesetzt. Das Sachleistungsprinzip wird abgeschafft.

9. Abschluss der Trennungsgeld-Affäre

Die neue Landesregierung unterbreitet der Öffentlichkeit ihre Bewertung und ihre Schlussfolgerungen aus der Trennungsgeld-Affäre.

Sie erlässt entsprechende neue Regelungen zu Trennungsgeldern und Umzugsvergütungen für Landesbedienstete.

10. Polizeireform

Die neue Landesregierung arbeitet unverzüglich die Ergebnisse der Evaluierung der Polizeireform auf und legt in Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen die Schritte zur Umsetzung fest.

USA

Der „überwachungs-industrielle Komplex“

Die US-Bürgerrechtsorganisation ACLU hat Anfang August einen Bericht veröffentlicht, in dem sie einen „überwachungsindustriellen Komplex“ angreift, der sich in den USA nach den Anschlägen des 9. September 2001 durch die Politik der Regierung Bush und die von ihr vorgelegten Gesetze gebildet habe. Der jetzt vorgelegte Bericht ist bereits der zwölfte, mit dem die Bürgerrechtsorganisation seit dem 9.11.01 den Abbau von Bürgerrechten in den USA thematisiert.

Die Regierung spanne heute in nie gekannter Weise private Konzerne zur Überwachung der Bürger ein. „Die Privatisierung von Staatsaufgaben war in den USA immer eine beliebte Methode, Geschäfte zu machen, und Überwachung ist keine Ausnahme“, heißt es in dem Bericht. Einzelne Programme und Gesetze der Regierung gingen weiter als das Stasi-System der früheren DDR, so die ACLU.

Unerlaubte Überwachungs-Zusammenarbeit zwischen Staat und Unternehmen habe es in den USA auch früher immer wieder gegeben, beginnt die Bürgerrechtsorganisation. Während des Kalten Krieges etwa hätten große Telefongesellschaften wie Western Union, RCA und ITT der Bundesregierung jeden Tag die Kopien von allen grenzüberschreitenden Nachrichtensendungen zugeleitet. Dieses illegale Programm, genannt „Operation Shamrock“, endete erst mit den Geheimdienstkandalen der 70er Jahre.

Im Januar 2002 legten das Justizministerium unter Minister Ashcroft und US-Präsident Bush einen Gesetzentwurf vor, der ein so genanntes „Tips“-Programm schaffen sollte, ein „System zur Information und Vermeidung von Terrorismus“. Schon in der Einleitungsphase sollten in 10 großen Städten eine Million „Informanten“ gewonnen werden – je ein „Informant“ auf 24 Einwohner. Die meisten der geplanten Informanten sollten Menschen sein, die regelmäßig Zugang zu Privatwohnungen haben – Briefträger, Elektriker, Kabeltechniker, Beschäftigte der Wasser- und Abwasserversorgung, der Stromversorgung usw. Die ostdeutsche Stasi, so die ACLU, habe es vergleichsweise nur auf einen Informanten je 50 Einwohner gebracht. Durch einen Sturm der Entrüstung und zahlreiche Proteste sei es gelungen, die Verabschiedung von „Tips“ durch den US-Kongress zu verhindern.

Inzwischen haben die US-Regierung, Einzelstaaten und andere Behörden aber viele kleine „Tips“-Programme in Kraft gesetzt.

So rekrutiert die Marine z.B. Fischer und Personen, die in Küstennähe wohnen, als so genannte „Marine-Beobach-

ter“. Für US-Präsident Bush ist das eines der „innovativsten Tip-Programme des Landes“. Ein vergleichbares Programm in Ohio ruft dazu auf, jedes „unübliche Benehmen“ sofort der Küstenwache zu melden. Ein Offizier der Küstenwache erläuterte einem Reporter, dazu gehöre schon das Fischen an „unüblichen Orten“ oder „ungewöhnliche Kleidung“. Auf einer Homepage der Küstenwache gilt als „verdächtig“ auch das Verteilen von „anti-amerikanischen Flugblättern“.

Das von Bush neugeschaffene „Ministerium für Heimatschutz“ (DHS) hat ein Programm namens „Highway-Watch“ – Autobahn-Beobachtung – ins Leben gerufen. Die mehr als drei Millionen Lastwagenfahrer sollen damit gewonnen werden, jede „verdächtige Aktivität“ sofort dem DHS zu melden.

Das Programm „Cat-Eyes“ (auf deutsch: Katzenaugen) hat seine Abkürzung aus den Begriffen „Kommunen gegen Terrorismus“. Geleitet von Polizeibehörden im Osten der USA, will „Cat-Eyes“ streng hierarchische Überwachungsstrukturen schaffen, von „Block-Kapitänen“ und „Block-Beobachtern“ bis zu „Nachbarschafts-Koordinatoren“. „Jede verdächtige Aktivität“, so das Programm, solle sofort der Polizei gemeldet werden.

Einwohner in Lucas-County in Ohio werden durch Broschüren des DHS aufgefordert, jeden „Bettler, Demonstrant, Schuhputzer, Gemüseverkäufer, Straßenreiniger oder Zeitungs- und Blumenverkäufer“, der „vorher nicht in der Gegend war“, den zuständigen Stellen sofort zu melden.

Ein enormes Ausmaß erreicht nach Angaben der ACLU inzwischen auch die Weitergabe von Daten von privaten Firmen an die Regierung.

Auf Bitte eines Regierungsbeamten, der inzwischen beim DHS arbeitet, übergab die Fluglinie JetBlue beispielsweise mehr als 5 Mio. Passagierdaten einer vom Pentagon beauftragten Firma. Die Daten enthielten nicht nur die Flüge selbst, sondern auch alle weiteren persönlichen Daten der Fluggäste, die eine von JetBlue beauftragte Firma namens Acxiom gefunden und zusammengestellt hatte.

Die Fluglinie Northwest Airlines gab kurz nach Bekanntwerden des JetBlue-Vorfalles bekannt, sie habe Millionen von Passagierdaten der NASA übergeben.

Im April 2004 folgte die Fluggesellschaft American Airlines mit der Geschichte, sie habe die Daten von 1,2 Millionen Passagieren an diverse Forschungseinrichtungen übergeben.

Im Mai 2004 gestanden dann die größten US-Fluggesellschaften, American, United und Northwest, nach dem 9.11.2001 dem FBI Millionen von Flugdaten übergeben zu haben.

Bereits im Mai 2002 hatte auch die Bundesvereinigung der Tauchlehrer ver-

kündet, sie habe dem FBI die Daten von 2 Millionen Tauchschülern überreicht, die in den letzten drei Jahren Tauchkurse belegt hatten.

Bereits Ende 2001 war herausgekommen, dass 195 US-Colleges und Universitäten zahllose Daten über Studierende an das FBI weitergereicht hatten. Im gleichen Jahr war herausgekommen, dass 64% aller US-Reisegesellschaften Daten über Touristen und über ihre Beschäftigten an die Regierung überreicht hatten, obwohl fast alle diese Weitergaben durch US-Gesetze verboten waren.

Wo die „Freiwilligkeit“ nicht reicht, hat die US-Regierung durch Gesetze nachgeholfen. Das nach dem 9.11.01 im Kongress verabschiedete, berüchtigte „Patriotengesetz“ („Patriots Act“) erlaubt dem FBI in Abschnitt 215 des Gesetzes, von jedem Internet-Provider, von Bibliotheken, Buchläden und anderen Einrichtungen jederzeit ohne Angabe



von Gründen die vollständige Liste ihrer Kunden bzw. Nutzer anzufordern und diesen zugleich zu verbieten, ihre Kunden davon zu unterrichten. Das FBI muss für diese Anforderung keinen spezifischen Grund nennen.

Schon in der Vergangenheit konnte das FBI, wenn es den Verdacht auf „Agententätigkeit für eine fremde Macht“ hatte, zahlreiche Akten von Banken und bestimmten Firmen verlangen, auch ohne richterliche Genehmigung. Der „Patriots Act“ hob die Beschränkung dieser Vollmacht auf den Verdacht der „Agententätigkeit“ auf, seitdem kann das FBI solche Daten und Akten auch ohne den Verdacht einer Straftat verlangen. Ein von US-Präsident Bush im Dezember 2003 unterzeichnetes weiteres Gesetz erlaubt solche Anforderung von Akten durch das FBI auch in zahlreichen neuen Branchen, z.B. bei Juwelieren, Aktienhändlern, Autohändlern und Kasinos.

Als die ACLU im Januar 2003 nach langem Streit vom FBI eine Liste erhielt, wie oft solche Akten von Banken und anderen Firmen angefordert worden waren, erhielt sie zwar eine komplett geschwärzte Liste – aber sechs lange Seiten.

Zwei große private Krankenversicherer sollen laut ACLU die Daten ihrer gesamten Kunden auf „Terrorismus“

untersucht haben – in dem einen Fall waren das die Akten von 6 Millionen Versicherten, im anderen Fall von 13 Millionen Versicherten.

Ein anderes vom Kongress verabschiedetes „Schutzgesetz“ („Protect Act“) erlaubt dem FBI, alle Personen zu überprüfen, die in Freiwilligenorganisationen tätig sind. Das FBI schätzt, dass allein dieses Gesetz ihm ermöglicht, jährlich von 26 Millionen Menschen Fingerabdrücke zu nehmen.

Das gigantische Überwachungswesen kostet inzwischen auch die Industrie erheblich. Die Bank of Amerika etwa hat eigens eine neue Zentral-Abteilung errichtet, um alle Regierungsanfragen nach Kundendaten überhaupt bearbeiten zu können. Bei der Telefongesellschaft BellSouth arbeiten 16 Vollzeitkräfte an der gleichen Aufgabe. Der „Patriots Act“ schreibt vor, dass Banken alle verdächtigen Kontobewegungen beobachten und alle Neukunden darauf überprüfen müssen, ob sie in einer der „Terrorlisten“ der Regierung genannt werden. „Google-artige“ Kontrollen von Bankkonten seien inzwischen verbreitet, so die ACLU.

Die Fluggesellschaften schätzen, dass die Kosten durch die zahllosen Auflagen zur Kontrolle ihrer Passagiere und durch falsche Alarme, unberechtigte Abweisung von Kunden usw. entstehen, jährlich zwischen 1 und 2 Milliarde Dollar betragen.

Noch teurer aber sind die Folgen für Betroffene. Wer auf irgendeine Weise auf eine der inzwischen zahlreichen „Verdächtigenlisten“ gerät, bekommt seine Konten gesperrt, Flüge verweigert, wird entlassen usw. – oft ohne Chance, sich vor irgendeinem Gericht zu wehren, da die Gründe für den jeweiligen Schritt vor ihm geheimgehalten werden. Hinzu kommt, dass die Kombination von privaten und öffentlichen Listen und Daten ein offenbar heilloses Wirrwarr schafft. Das FBI jedenfalls lehnt immer häufiger die Verantwortung für eine der vielen umlaufenden „Verdächtigenlisten“ ab, weil diese Listen durch die Vielzahl daran mitwirkender privater Firmen längst „außerhalb seiner Kontrolle“ seien.

Welche Psychosen durch diesen „überwachungsindustriellen Komplex“ ausgelöst werden, zeigt ein Kommentar auf einer Mailing-List der Bürgerrechtsorganisation nach Veröffentlichung ihres Berichts. „Mein Apotheker sagt, er würde jederzeit, ohne Gerichtsbeschluss oder irgendetwas, sämtliche Daten herausgeben. Er sagt, wenn er es nicht tut, würde er befürchten, dass die Polizei beim nächsten Einbruch bei ihm nicht mehr zur Stelle ist.“

rül

Quellen: ACLU, The Surveillance Industrial Complex, written by Jay Stanley, August 2004, zu finden unter www.aclu.org; US-Bürgerrechtler beklagen industriellen Überwachungskomplex, Heise online News, 11.8.2004; ebenda: Bettina Winsemann, Der überwachungsindustrielle Komplex, 11.8.2004



Anfang August führte die Gewerkschaft der Landarbeiter (UFW) in Fresno und in weiteren Orten Demonstrationen durch gegen die Einschüchterung der Landarbeiter durch gegen Migranten gerichtete Razzien und für ein Gesetz, das Landarbeitern ohne Papiere die Legalisierung verschafft. In Fresno beteiligten sich einige hundert; die Demonstration wurde von anderen Gewerkschaften, aber auch von der Friedensinitiative und anderen örtlichen Gruppen unterstützt. Die UFW unternimmt einige Anstrengungen, Fresno zum Schwerpunkt gewerkschaftlicher Organisation der Landarbeiter aufzubauen. Zur Zeit errichtet sie ein kommunales Projekt, mit dem die Lebensbedingungen der Armen und der Landarbeiter in einer Region verbessert werden sollen, in der die Arbeitslosigkeit über 50% beträgt und die Armut große Ausmaße hat. Auch baut sie einen eigenen Radiosender auf. (Quelle und Bild: Indymedia San Francisco Bay; www.ufw.org)

Gent: Postboten streiken

Zur Zeit streiken in der belgischen Stadt Gent die Postboten. Auslöser ist die Einführung der so genannten GEO-Route, die eine erhebliche Arbeitsverdichtung mit sich bringt. So müssen die Postboten 200 Häuser mehr beliefern, damit bleibt keine Zeit mehr für Gespräche oder kurze Erholungspausen. Zusätzliche Arbeiten wie Reklame-Verteilen werden nicht mehr vergütet, und Arbeiten, die wegen Personalreduzierung in der Nachtschicht liegen bleiben, werden den Postboten aufgebürdet. (Quelle und Bild: Indymedia Belgien)



Moskauer Menschenrechtsbüro besorgt über Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Das Moskauer Büro für Menschenrechte äußert sich in einem Bericht besorgt über zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Russland und vor allem in Moskau. Einer Umfrage zufolge sind 42% der Befragten der Auffassung, dass „der Einfluss der Juden in den Machtorganen, der Politik, dem Busi-

ness, dem Rechtsbereich, dem Bildungssystem und dem Show-Business eingeschränkt werden muss“. 28% stimmten der Aussage zu, dass eine Quote festlegen solle, „wie viele von ihnen auf dem Territorium Russlands leben dürfen“. 60% sogar stimmten der Aussage zu, dass solche Beschränkungen in erster Linie die Kaukasier betreffen müsse. Die Verfasser des Berichts bezeichneten die Situation in Moskau als noch schlimmer. Zwei Drittel der Bevölkerung verhielten sich feindlich gegenüber Migranten. Laut einer anderen Umfrage steht die angebliche „Übermacht der Kaukasier“ in der Liste der Probleme auf Platz 1. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Direktor des Menschenrechtsbüros, dass es in Russland derzeit etwa 50.000 Skinheads gebe und dass die Zahl rapide ansteigt. (Quelle: Interfax, DW)

Kroatien: Gedenktafel für Ustascha-Führer?

Die Errichtung einer Gedenktafel neben der Kirche in Sveti Rok ruft höchst kontroverse Diskussionen in Kroatien hervor. Gedacht wird nämlich des Schriftstellers und Ustascha-Führers Mile Budak. Das kroatische Zentrum für Friedensstudien erklärte dazu: „Er (Budak) unterstützte den Unabhängigen Staat Kroatien, NDH, und alle in sämtlichen 42 Ustascha-Lagern begangenen Verbrechen. Er war tatsächlich der kroatische Goebbels, und die Errichtung eines Denkmals würde bedeuten, dass die ambivalente offizielle Politik Kroatiens ge-

genüber der Ustascha-Bewegung fortgesetzt würde.“ Dagegen erklärte der Pressesprecher der Kroatischen Bischofskonferenz, Sujic, die Kirche habe gegen die Initiative des örtlichen Pfarrers und der Behörden in Sveti Rok nichts einzuwenden. Die katholische Kirche hatte das Ustascha-Regime unterstützt. (Quelle: DW)

EU-Amt bescheinigt palästinensischer Autonomiebehörde, EU-Mittel sachgerecht zu verwenden

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung hat in den letzten Monaten die Verwendung von EU-Geldern durch die palästinensische Autonomiebehörde geprüft. Anlass waren u.a. Dokumente, mit denen Israel zu belegen versuchte, dass EU-Gelder illegal verwendet würden und auch zur „Finanzierung des Terrors“ beitragen. Das Amt, das die Mittelverwendung für den Zeitraum bis 2002 untersuchte, fand keine Beweise für die nicht sachgerechte Verwendung der Mittel. Die Untersuchung fand, so heißt es, in enger Zusammenarbeit mit Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde statt, und sie stützt sich auf Rechnungsprüfer sowie auf Informationen von Geheimdiensten aus den EU-Mitgliedstaaten. Allerdings sei sie noch nicht abgeschlossen, deshalb sei es für definitive Schlussfolgerungen auch noch zu früh. – Bei der von der Kommission, den EU-Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament gezahlten Budgethilfe von 10 Mio. Euro im Monat handelt es sich um Kompensationszahlungen für ausgebliebene Steuer- und Zolleinnahmen an die Palästinenser. Die israelische Regierung weigert sich seit Jahren, diese den Palästinensern zustehenden, aber von Israel getätigten Einnahmen an die Autonomiebehörde zu überweisen. Dadurch ist vor allem das Bildungs- und Gesundheitswesen in den palästinensischen Gebieten ständig vom Kollaps bedroht.

Anwaltsorganisation aus zahlreichen Ländern für faires Verfahren

27 Anwaltsorganisationen, darunter auch die Bundesrechtsanwaltskammer, haben anlässlich des Jahreskongresses der American Bar Association eine Resolution unterzeichnet, mit der sie die rechtstaatliche Behandlung der in US-Gewahrsam befindlichen Gefangenen auf Guantanamo Bay fordern. In der Resolution begrüßen sie die Entscheidung des Obersten amerikanischen Gerichtshofes, die den Guantanamo-Häftlingen die gerichtliche Überprüfung ihrer Inhaftierung vor US-Gerichten zuspricht. Auch unter Terrorismusverdacht stehende Beschuldigten haben ein Grundrecht auf ein faires Verfahren und die objektive Überprüfung der gegen sie vorliegenden behaupteten Beweise, heißt es in der Resolution. (www.friedensratschlag.de)

Zusammenstellung: sec

BRAMSCHÉ/OSNABRÜCK. Am 21.8. begann die Anti-Lager-Tour mit einer Demonstration in Bramsche. Die Demonstration führte durch das Dorf bis hin zu der so genannten Landesaufnahmestelle, dem mittlerweile größten Abschiebelager in Deutschland, das bis zu 550 Flüchtlinge aufnehmen kann. An der Demonstration nahmen 600 Personen teil. Das Abschiebelager befindet sich, wie so oft, abgelegen in einem Wald außerhalb des Ortes Hesepe. Zum Hintergrund und zur Funktionsweise des Lagers ein Zitat aus der no-lager-tour-Zeitung: „Laut amtlichem Beschluss werden in Bramsche nur Flüchtlinge eingewiesen, deren Asylanträge ohnehin keine Chance auf Erfolg hätten. Konkret bedeutet das: Von Anfang an werden Flüchtlinge in Bramsche gezielt unter Druck gesetzt, 'freiwillig' auszureisen. Zum Einsatz kommen verschiedene Druckmittel, z.B. die Kürzung von Leistungen, in der Kantine gibt es 6 mal pro Woche dasselbe essen. [...] Schon seit längerem rebellieren vor allem tschetschenische Familien gegen die unzumutbaren Bedingungen in Bramsche. Die Anti-Lager-action-Tour unterstützt diesen Kampf.“



„Gemeinsam gegen Rechts“ – Demonstration am 26.8. in Dresden

DRESDEN. Die Fraktion B90/Die Grünen, PDS Dresden, SJD/Die Falken, oAT – offenes Antifa-Treffen, Jusos Dresden, a.l.i.a.s. [böhmische str. 12] sind Erstunterzeichner des Aufrufs zur Kundgebung und Demonstration „Gemeinsam gegen Rechts“ am 26. August in Dresden. Unterstützt werden sie vom Netzwerk Tolerantes Sachsen. In dem Aufruf heißt es: „Bei den Kommunalwahlen vom 13. Juni fanden rechtsradikale Parteien in erster Linie sachsenweit großen Zuspruch. In Dresden zog das rechtsextreme ‚Nationale Bündnis Dresden‘ in den Stadtrat ein. Dies ist Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Klimas, in dem rassistische Gewalttaten und Diskriminierung stattfinden und geduldet werden. Dazu gehören auch Neonazidemonstrationen, die die Synagoge zum Ziel hatten und haben. Ordnungsbürgermeister Sittel rief bislang dazu auf, einfach nur wegzuschauen, wenn Nazis und Rassisten öffentlich auftreten. Wir fordern eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit den drei rechtsextremen Stadträten! Ihre Antwort auf soziale und wirtschaftliche Probleme sind einzig und allein rassistische und antisemitische Parolen. (...) Diese Demonstration am 26.8. kann nur ein Anfang sein. Wie auch bis-

her müssen antifaschistische Aktionen und Demonstrationen durchgeführt und unterstützt werden. Gerade im Hinblick auf die Landtagswahl ist dies notwendiger denn je. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, den Wahlkampf nicht mit rassistischen und antisemitischen Parolen zu führen, um am rechten Rand nach WählerInnenstimmen zu fischen.

Deshalb: 1. Keine Zusammenarbeit mit dem ‚Nationalen Bündnis‘, 2. Keine Nazis in den Landtag! 3. Keine Duldung von Nazis in Jugendclubs, Schulen und Betrieben! 4. Nazis im Stadtrat dürfen nicht zur akzeptierten Normalität werden!“ www.tolerantes-sachsen.de

TYPographisch fotografisch DEUTSCH – am 3. Oktober 2004

ERFURT. Die Bundesregierung will am 3. Oktober in Erfurt ihre Bundesrepublik feiern. Seit drei Jahren feiern in Erfurt im Oktober Initiativen und Gruppen den „Tag der Einheit der Menschen“, weil im Deutschland des 21. Jahrhunderts viele Menschen von der Einigkeit ausgegrenzt bleiben, weniger Rechte haben und in vielen Fällen auch nicht tatsächliche Freiheit ihr Leben bestimmt. In diesem Jahr wollen DGB-Bildungswerk Thüringen, DGB-Region Mittelthüringen, Flüchtlingsrat Thüringen, LAG Antifaschismus/Antirassismus Thür., PDS-

Landtagsfraktion, SZ Engelsburg, [solid]-thüringen e.V., ver.di-Jugend, ver.di FB 12/13, Ressort MigrantInnen/Antidiskriminierung sowie andere Engagierte im Rahmen eines Literatur- und Fotowettbewerbes dem offiziellen Deutschlandbild ein anderes entgegensetzen. Unter der Überschrift TYPographisch fotografisch DEUTSCH werden MigrantInnen und Deutsche eingeladen, einen genauen Blick auf das zu werfen, was „deutsch“ ist: auf den Alltag, auf die Lebensbedingungen, auf die Politik. Alle Beiträge können eingereicht werden beim DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt. Die jeweils besten Arbeiten des Foto- bzw. Literaturwettbewerbs werden prämiert und im Rahmen des „Tags der Einheit der Menschen“ der Öffentlichkeit präsentiert. <http://wettbewerb.dgb-bwt.de>

PDS lehnt Einschnitte bei Sorben-Stiftung ab

Die PDS in Brandenburg lehnt die von der Bundesregierung geplante zehnprozentige Kürzung der Zuschüsse an die Stiftung für das sorbische Volk ab. Das hätte „verheerende“ Auswirkungen, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Landtagsfraktion Heinz Vietze. „Die Minderheitenpolitik muss berechenbar bleiben.“ Erhalten bleiben müsse zudem die Landsträgerschaft für das niedersorbische Gymnasium Cottbus sowie die umfassende finanzielle Unterstützung in sorbischen Schulen und Kitas. Nach den Plänen des Bundes sollen 2005 die Zuschüsse für die Stiftung um rund 665 000 auf 7,2 Mio. gekürzt werden. Bisher habe die Landesregierung dagegen keinen sichtbaren Widerstand geleistet, betonte Vietze. Seit der vergangenen Woche liege jedoch eine Zusage von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) vor, sich beim Bund für eine ausreichende Finanzierung der Stiftung einzusetzen. Diese Absichtserklärung dürfe nach der Landtagswahl am 19. September nicht in Vergessenheit geraten.



Bürgerantrag an die Stadt Herne

Informationen zum Verfassungsentwurf der Europäischen Union

27. 07. 2004

Die Herner Friedensinitiative und die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger der Stadt Herne beantragen nach §24 der Gemeindeordnung NW, dass die Stadt Herne die Bürger und Bürgerinnen umfassend über den Verfassungsentwurf der Europäischen Union informiert.

Zu diesem Zweck stellt die Verwaltung den Verfassungsentwurf in ausreichender Anzahl den städtischen Büchereien, den Schulen im Sekundarbereich 1 und 2, sowie den berufsbildenden Schulen zur Verfügung.

Außerdem wird beantragt, dass die Stadt Herne über die Weiterbildungsveranstaltungen der städtischen Volkshochschule die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt entsprechend informiert.

Begründung: Der Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union ist in unserem Land und in unserer Stadt nahezu unbekannt. Sollte dieser Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union verabschiedet und mit den Stimmen von zwei Dritteln der Bundestagsabgeordneten bestätigt werden, werden wesentliche Teile des heutigen Grundgesetzes außer Kraft gesetzt.

Der Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union beinhaltet u.a.:

- die militärische Aufrüstung wird zur Pflicht für die Mitgliedstaaten (Art. I-40.3)
- die Schaffung eines Amtes für die Kontrolle und Umsetzung der Aufrüstung (Art.I-40.3)
- Kampfeinsätze der EU-Truppe ohne territoriale Begrenzung
- Bildung eines militärischen Kerneuropas (Art. I -40,6 und 7)
- Übertragung der Entscheidungskompetenz über Militäreinsätze an den Ministerrat (Art.I-40,4 und 5)
- Abschaffung der Kontroll- und Entscheidungsbefugnis der nationalen Parlamente
- keine Kontrollmöglichkeit der Außenpolitik des Ministerrats durch den europäischen Gerichtshof (Art.II-282).

Durch diese Bestandteile einer europäischen Verfassung würden wesentliche Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland außer Kraft gesetzt werden, z.B. der

- Art. 26 GG „Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges“ und der
- Art. 87a, der beinhaltet, dass der Bund Streitkräfte nur zur Landesverteidigung aufstellt.

Nach aktuellen Umfragen wollen 86% aller Deutschen eine Volksabstimmung über die neue Verfassung. Das setzt eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger voraus.www.pds-nrw.de

Für Referendum – gegen Verfassungsoktroi

„Ja zu Europa – Nein zur Militärverfassung!“

Friedensbewegung startet „Europa-Initiative“

KASSEL. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat auf seiner letzten Wochendtagung vor der Sommerpause beschlossen, die Informationskampagne über die EU-Verfassung zu verstärken. Die gegenwärtige Diskussion zwischen Regierung und Opposition hält der Sprecher des Bundesausschusses für „völlig daneben“. Die rot-grüne Bundesregierung, die schon 1998 versprochen hatte, sich für Volksabstimmungen auf Bundesebene stark zu machen, blockt jede demokratische Beteiligung beim EU-Verfassungsprozess ab, während in Kreisen von CDU und CSU – sonst nicht eben plebiszitär gesonnen – laut über ein Referendum nachgedacht wird.

Die Friedensbewegung setzt sich für ein Referendum ein, weil die europäische Einigung nur gelingen wird, wenn sie von unten mitgetragen wird. Ein Verfassungsoktroi ist der beste Weg, die Europamüdigkeit und Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger zu verstärken und die Kluft zwischen „Brüssel“ und dem „einfachen Volk“ zu vertiefen.

Wenn der Bundeskanzler wiederholt darauf hinweist, dass das deutsche Grundgesetz Volksabstimmungen nicht zulasse, dann entspricht das nicht der ganzen Wahrheit. In Artikel 20 Abs. 2 heißt es nämlich: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und die Rechtsprechung ausgeübt.“ Ein einfaches Gesetz würde also ausreichen, um den Weg für ein Referendum über die EU-Verfassung frei zu machen.

Die Friedensbewegung erinnert an die gemeinsame Erklärung der führenden Europapolitiker Cox, Prodi, Straub, Vidal-Quadras und Vitorino, wonach es darauf ankomme, „im Rahmen einer großen demokratischen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union Europa den Bürgern näher zu bringen“. „Dieses Europa“, so heißt es weiter in der Erklärung, kann „nur mit Zustimmung und Mitwirkung der Bürger entstehen“.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag erinnert auch daran, dass eine evtl. Ablehnung der Verfassung keineswegs das Ende des europäischen Projekts bedeutet. Es kann auch bedeuten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger eine Europäische Union wünschen, die bürgernäher und demokratischer ist als das jetzt zusammengezümmelte Verfassungsungetüm aus undurchsichtigen Zuständigkeiten. Es kann ferner bedeuten, dass die Menschen kein militarisiertes Europa und kein Europa wollen, das sich noch mehr den Privatisierungs- und Deregulierungswünschen der Konzerne ausliefert. Das Nein der Friedensbewegung zur Aufrüstungsverpflichtung und zu den europäischen Interventionstruppen ist also gleichzeitig ein Ja zu einem friedlichen und zivilen Europa.

Friedensbewegung und andere soziale Bewegungen werden in den ersten Septembertagen Umfragen über die EU-Verfassung in der Bevölkerung organisieren. Dies wird der Beginn unserer Europa-Initiative sein, die unter dem Motto steht: „Ja zu Europa – Nein zu dieser Verfassung!“ www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Abstimmung über den EU-Verfassungsentwurf

- 1) Die EU-Verfassung sieht vor, dass EU-Streitkräfte zu weltweiten Kampfeinsätzen entsendet werden können. Halten Sie das für richtig?
O Ja O Nein
- 2) Die EU-Verfassung verlangt von allen Mitgliedstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Halten Sie diese Verpflichtung zur Aufrüstung für richtig?
O Ja O Nein
- 3) Die EU-Verfassung sieht die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vor (Alterssicherung, Bildung, Energie, Wasser, Gesundheit usw.). Halten Sie das für richtig?
O Ja O Nein
- 4) Sind Sie dafür, dass auch in Deutschland ein Referendum (Volksabstimmung) über die EU-Verfassung durchgeführt wird?
O Ja O Nein

Den Abstimmungszettel bitte in die bereitstehenden Wahlurnen werfen. Vielen Dank!

Entgegen den Pressemeldungen nahmen am 24. August nicht weniger, sondern mehr Menschen an den „Montagsdemonstrationen“ teil: 130 000. Zwar waren es in Magdeburg mit 8 000 weniger als in der Vorwoche, aber insgesamt stieg die Zahl der Demonstrationen auf 150. Der Schwerpunkt der Demonstrationen liegt nach wie vor in Ostdeutschland. Allein in Sachsen waren 42 000 Menschen

auf den Straßen, in Sachsen-Anhalt 20 000, in Brandenburg 17 000, in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin jeweils 15 000 und in Thüringen, wo die Demonstrationen traditionell donnerstags stattfinden, 12 000. Auch im Westen sind steigende Teilnehmerzahlen zu registrieren. So haben in NRW an 29 Veranstaltungen insgesamt 8 300 Menschen teilgenommen. (Nach PM der PDS)

Bewegungssplitter – Magdeburg montags

Versuch der Bewertung eines Phänomens

Am 2. August 2004 fand in Magdeburg bereits zum dritten Mal eine so genannte Montagsdemonstration gegen die Arbeitsmarktreformen statt. Nachdem in den zwei Wochen zuvor zunächst 200, hernach etwa 600 Menschen teilgenommen hatten, waren es am vergangenen

Mischung aus Angst, Wut und Euphorie angestaut, die in den kommenden Wochen auf die Straße getragen werden soll. Zitat: „Wir gehen so lange auf die Straße, bis Hartz IV kippt“ (Quelle: Tonmitschnitt mdr-Info). Ob sich die Entwicklung verstetigen wird, ob und wie Organisations- und Politisierungsprozesse entstehen oder die Mobilisierung im Falle kleiner Zugeständnisse der Regierung bei der Umsetzung von Hartz IV wieder zusammenbricht,

ist nach so kurzer Zeit schlichtweg nicht zu beurteilen.

Wer geht eigentlich auf die Straße ?

Natürlich liegt hierzu keine soziologische Untersuchung vor. Vorerst müssen Beobachtungen zu einer vorsichtigen Beurteilung herangezogen werden. Hier lässt sich mit verlässlicher Sicherheit nur sagen, dass die Mehrheit der Teilnehmer offenbar seit der Wende nicht mehr an einer Demonstration teilgenommen hat, entweder arbeitslos ist oder um den Arbeitsplatz fürchtet, und in der Regel Arbeiter und Angestellte sind (vgl. Volksstimme 4.8.04, Magdeburger Lokalanzeiger). Das Erscheinungsbild der Demonstration unterschied sich jedenfalls gründlich von dem der linksradikalen oder auch gewerkschaftlichen Demonstrationen der letzten Jahre: keine Ordner, viele selbstgezeichnete Transparente, keine Lautsprecher, keine Kundgebung mit Reden. Stattdessen dominieren ganz normale Leute mit Fahrrädern, Kinderwagen oder in Arbeitskleidung den Zug. Auch wurde für diese Demonstration offenbar über Mund-zu-Mund-Propaganda mobilisiert und nicht über Plakate, Aufrufstexte etc.

Kalt erwischt ...

... hat es ohne Zweifel die Gewerkschaften. Denn sie spielten zumindest bisher in Magdeburg bei der Mobilisierung und der Demonstration keine Rolle. Offenbar haben sie, ebenso wie die disparate Linke, die Dynamik der bisherigen Entwicklung unterschätzt. Ein weiterer Grund dafür, [warum die Gewerkschaften keine Rolle spielen, ist:] Nach den Protesten am 3. April in Berlin hatte der DGB für den Fall der Umsetzung von Hartz IV vor allem auf individuelle Rechtsberatung gesetzt. Die Mobilisierungsschwäche zum 1. Mai schien dieser Intention Recht zu geben, da nur wenige hundert Menschen landesweit an Kundgebungen und Demonstrationen teilnahmen. Inzwischen ist jedoch beim DGB hektische Betriebsamkeit ausgebrochen. Man versucht wieder Einfluss auf den Lauf der Dinge zu bekommen. Ob es der Gewerkschaft gelingt, ihre kanalisierende, integrative und radikale Spitzenbrechende Funktion auszufüllen, ist im Moment nicht zu beurteilen.

Medien

Bisher betätigen sich die regionalen Medien noch als Multiplikatoren des Protests. Beachtenswert ist jedoch die Wiedergabe der Inhalte und Forderungen der Demonstration in einigen Medien. Wo Teilnehmer die Rücknahme des Hartzgesetzes fordern, vermitteln manche Medien den Eindruck, den Demonstranten ginge es nur um Korrekturen bei den Auszahlungsmodalitäten etc. Medien wie der MDR bedienen zudem sehr stark den Vergleich mit den Mobilisierungen von 1989,



Montag nach Angaben der Polizei 6000 Teilnehmer/innen. Der Zug bewegte sich auf der Route der Demonstrationen des Jahres 1989 vom Domplatz zum Hauptbahnhof. Dominierende Parole der Demo war: Wir sind das Volk. Zufall ?

Sturm im Wasserglas ?

Anmelder und Organisator der Demonstration ist eine Privatperson aus dem Landkreis Jerichower Land, ein Mann, der selbst seit Jahren arbeitslos ist und bisher in keinem politischen Kontext organisiert war/ist. Er selbst zeigte sich überrascht von der Zunahme der teilnehmenden Demonstrant/innen. Und in der Tat schienen vor wenigen Wochen diese Proteste fast undenkbar, da bisherige Aufrufe nie mehr als ein paar Dutzend Menschen mobilisierten. Die Ursachen für diesen Umschwung können nur vermutet werden: In den letzten Wochen bekamen viele zukünftige ALG II Empfänger die Antragsunterlagen übersandt und wurden zudem über die Medien mit immer neuen Horrormeldungen überschüttet. Nach Schätzungen von Experten sind in Sachsen-Anhalt ca. 200 000 Personen von ALG II betroffen. Hiervon sollen nach Angaben der Wohlfahrtsverbände fast 30% von Kürzungen betroffen sein, da Partnereinkommen etc. zur Anrechnung kommen. Wie hoch der Prozentsatz derer liegt, die nach den neuen Verordnungen nichts mehr erhalten werden, gilt als unklar. Im Moment liegt die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt bei 20%. Glaubt man den medial vermittelten Stimmen einiger Teilnehmer, so hat sich unter diesen eine





eine Einschätzung, die weniger auf inhaltlichen Analyse, denn auf Bildern zu fußen scheint.

Neonazis

Wie im vergangenen Jahr bei den Demonstrationen gegen den Irakkrieg gelang es am 2. August einer Gruppe von ca. 80 Neonazis, sich durch ihr, im Gegensatz zu den unorganisierten Teilnehmer/innen, koordiniertes Auftreten an die Spitze der Demonstration zu setzen. Dies wurde von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer zumindest toleriert. Die Nazis trugen ein Transparent mit der Aufschrift „Wir sind das Volk“ und verteilten Flugblätter, in denen Flüchtlingen und Migranten einerseits, dem (Zitat) „liberal-kapitalistischen System“ andererseits die Schuld für die Entwicklung gegeben wurde. Der Text ist bei www.radiofreiheit.com einsehbar. Als linke Jugendliche die Neonazis in die Schranken weisen wollten, wurden sie daran von der Polizei gehindert. Es besteht die Gefahr, dass Neonazis das Bild der Demonstration dominieren können. Ob ihnen dies auch inhaltlich gelingt, hängt von den Demonstrant/innen ab. Reagieren diese weiterhin mit Gleichgültigkeit oder gar mit Zustimmung, könnte sich anbahnen, was einige Linke fürchten: soziale Proteste von rechts.

Mehr als Sommerloch ?

Einige Aktivist/innen fürchten, der Zeitpunkt der Proteste im Sommerloch führe dazu, dass die Politik die Proteste einfach aussitzt und abwartet, bis diese sich zum Wiederanfang des Politbetriebs in Berlin gelegt haben. Für Einschätzungen ist es noch zu früh. Viel wird davon abhängen, ob sich der offenbar im Entstehen begriffene Aufbruch in Ostdeutschland stabilisiert, selbstständig organisiert und sich weder spalten noch dominieren oder vereinnahmen lässt: weder von der PDS noch von Gewerkschaften oder den Neonazis. Die Mentalität der Protestierenden bereits jetzt als ausschließlich ostzonal-völkisch-dumpfbäckig zu denunzieren, geht fehl. Auch Revolutionshoffnungen sind fehl am Platze. Offenbar ist es nicht mehr, aber auch nicht weniger als Wut und Angst, die Menschen auf die Strasse treibt. Es ist an der Linken, diese Proteste skeptisch-konstruktiv zu unterstützen.

AG Frauen gegen Sozialabbau; Magdeburg

Quelle + Bilder: <http://de.indymedia.org>

Kommunalwahlen NRW

Die PDS tritt mit Offenen Listen an und könnte ihr Ergebnis verbessern

Die Chancen, dass die PDS in Nordrhein-Westfalen mit Offenen Listen ein gutes Wahlergebnis erzielen kann, sind nicht schlecht. Nach dem guten Wahlergebnis der PDS im Jahre 1999 mit 58 Mandatsträgern und dem Europa-Wahlergebnis im Juni dieses Jahres könnte jetzt noch mal zugelegt werden. Die PDS kandidiert in mehr Orten. In einigen Städten mussten Unterschriften gesammelt werden. Diese Hürde wurde u.a. in Dortmund, Hagen, Bochum und dem Rhein-Sieg-Kreis genommen. Die PDS tritt nicht nur in den großen und mittleren Städten an, sondern auch in kleinen Or-

ten. Auch in Bad Salzuflen hat sich eine aktive PDS Gruppe gebildet. Und: die PDS gewinnt zur Zeit neue Mitglieder, die sich engagieren.

Insgesamt sind die Mitglieder der PDS aktiver als bei anderen Wahlen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass nicht nur für den Stadtrat, sondern auch für die Stadtbezirksvertretungen und die Kreistage Mitglieder, aber auch zahlreiche parteilose Menschen kandidieren – insgesamt sind es deutlich mehr als 800 Menschen in Nordrhein-Westfalen. In Dortmund und Köln kandidieren auch Mitglieder von DIDF auf vorderen Listenplätzen.

In den vergangenen Tagen wurden die Wahlplakate aufgehängt, deutlich mehr als bei vergangenen Wahlen. Der Wahlkampf tritt jetzt in die heiße Phase.

Der Zuspruch der Menschen ist auch deshalb groß, weil die PDS die einzige Partei ist, die sich klar gegen die Hartz-IV-Gesetze ausspricht. Und dieses Thema beherrscht die öffentliche Diskussion. Die Montagsdemonstrationen wachsen, am 23. August, trotz Urlaubszeit, demonstrierten in Essen 400 und in Köln 1200 – unter ihnen auch Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfebezieher.

Für die SPD kann die Wahl in NRW eine Zäsur werden. Bei einer Umfrage Ende Juni in Köln lag die SPD mit 22% hinter den Grünen mit 24%. Die CDU würde demnach 39%, die FDP 5% und die PDS 3% bekommen. Ähnliche Umfrage-Ergebnisse gibt es aus Dort-



Keine Streichungen – nur die Förderung des Breitensports bringt Köln in die erste Liga

Offene Liste

PDS

Sozial und solidarisch in Köln

Die PDS Offene Liste in Köln hat eine Postkartenserie zusammen mit dem Grafiker Willi Hölzel herausgegeben (oben eine der Postkarten) und wirbt mit einem Wahlkampfmobile. In Essen (nächste Seite) ist das Thema Ganztagsgrundschule und Soziale Kommune ein Schwerpunkt der Offenen Liste.



€rst wenn die letzte Sozialleistung gestrichen, die letzte Rente abgeschafft und der letzte Arbeitnehmer gekündigt ist, werdet ihr merken, dass niemand eure Produkte kauft und ihr euer Geld nicht essen könnt!



Wahlveranstaltung Mittwoch,
22.9.2004, 17.00 Uhr
Porschekanzel/Marktkirche

Soziale Kommune Essen: ■ einmischen ■ mitentscheiden

Offene Liste



Am 26. September
sozial wählen

mund. Da bei dieser Kommunalwahl zum zweiten Mal keine Sperrklausel existiert, kandidieren allerdings zahlreiche Gruppen und Parteien – andere linke Bündnisse, Wählervereinigungen, und rechtsextreme Parteien, in den Großstädten treten meist mehr als 15 Parteien und Listen an. Welche Auswirkungen diese Kandidaturen auf das Wahlergebnis haben, ist völlig unbekannt, denn bei der letzten Kommunalwahl ist die 5-Prozent-Hürde so spät gefallen, dass viele Organisationen nicht in der Lage waren zu kandidieren.

Kommunale Themen und die Politik der konservativen Mehrheiten in den Stadtparlamenten spielen im Wahlkampf noch eine geringe Rolle. Hier wird die PDS in den nächsten Wochen an Argumenten zulegen müssen. Auch wenn viele Menschen die Wahl nutzen werden, um gegen Hartz IV zu protestieren, bleiben die Wahlen am 26. September eine Kommunalwahl. Und bei einer solchen Wahl spielt die Politik vor Ort eine entscheidende Rolle.

Jörg Detjen

In folgenden Städte und Gemeinden kandidiert die PDS bzw. Offene Listen:

Aachen, Düren, Bonn, Windeck, Köln, Neuss, Düsseldorf, Moers, Duisburg, Bochum, Herne, Essen, Gelsenkirchen, Oberhausen, Dortmund, Wuppertal, Velbert, Hagen, Witten, Münster, Bielefeld, Bad Salzuflen.

Kreistage:

Düren, Rhein-Sieg, Neuss, Recklinghausen, Unna, Ennepe-Ruhr.

PDS-Mitglieder kandidieren außerdem auf Linken Listen in:

Wülfrath, Mönchengladbach, Marl, Löhne und Recklinghausen.

Personenbezogenes Pflegebudget – mehr Selbstbestimmung.

KASSEL. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 12.7.2004, sich mit sechs anderen Kommunen am Modellprogramm „Personenbezogenes Pflegebudget“ für ältere Menschen zu beteiligen. Auf diese Weise sollen nun ältere Menschen auch die Mittel der höheren Sachleistung nach der Pflegeversicherung als Geldleistung erhalten, um das Geld entsprechend ihrem Bedarf zielgerichteter einsetzen und selbst verwalten zu können. Dies wird durch die Schaffung einer Beratungsstelle unterstützt und wissenschaftlich begleitet. „Mit diesem Modellprogramm wird endlich dem Unsinn der Pflegeversicherung entgegen gewirkt, dass diejenigen, die mehr Verantwortung für die Organisation ihrer Assistenz übernehmen, durch die geringere Geldleistung für ihre Selbstbestimmung gegenüber der sonst fälligen Sachleistung bestraft werden. Wir hoffen, dass damit nicht nur die Selbstbestimmung älterer Menschen gefördert, sondern auch ein effektiverer Mitteleinsatz im Sinne der Bedürfnisse der Betroffenen ermöglicht wird“, erklärte der Kasseler Stadtverordnete von B90/Die Grünen, Ottmar Miles-Paul. Uwe Frevert vom Kasseler Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter – fab e.V. – meint, dass dieser Beschluss zwar nur ein kleiner Baustein für mehr Selbstbestimmung sei, aber ein enorm wichtiges Zeichen setze zur Umsetzung neuer Instrumente für Persönliche Budgets, mehr Selbstverantwortung der Betroffenen und mehr Selbstbestimmung.

www10.rehacare.de

Neuregelungen im Baugesetzbuch.

BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) begrüßt die im Juli 2004 in Kraft getretenen Neuregelungen im Baugesetzbuch. „Der Gesetzgeber hat durch die Neuregelungen des Bundesstädtebaurechts den Forderungen der Städte und Gemeinden Rechnung getragen und die Handlungsspielräume der Kommunen erweitert“, so der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg. Die Kommunen hätten erstmals Möglichkeiten, im Baurecht zum Zwecke der Leerstandsvorsorge bestimmte Nutzungen, z. B. für großflächige Einzelhandelseinrichtungen, nur auf Zeit festzusetzen. Auch die den Städten und Gemeinden jetzt baurechtlich gegebene Option, Vorhaben wie z. B. Windenergieanlagen bei nicht mehr entsprechender Nutzung durch den Investor mit einer Rückbauverpflichtung durch diesen zu belegen, stärke die kommunale Planungshoheit. Dies reiche aber nicht aus. Der DStGB setzt sich dafür ein, dass die verschiedenen Städtebauförderungs- und Stadtumbaufördertöpfe mit dem Programm „Soziale Stadt“ sowie mit den Bereichen des

Wohnungsbaus und der Wirtschaftsförderung zusammengefasst und die Kommunen über die Verwendung dieser Fördermittel vor Ort entscheiden können. „Eine größere Effizienz des Mitteleinsatzes und ein stärkerer örtlicher Problembezug lässt sich nur mit einer weitestgehenden eigenverantwortlichen Entscheidungsfreiheit der Städte und Gemeinden auf der Grundlage von Pauschalzuweisungen an die Kommunen erreichen“.

www.kommunalweb.de

Geldinstitut lehnt Konto für NPĐ

ab. ANKLAM/OSTVORPOMMERN. Zwischen der Sparkasse Vorpommern und der NPĐ-Fraktion im ostvorpommerschen Kreistag bahnt sich ein Rechtsstreit an: Das Geldinstitut habe sich Ende vergangener Woche geweigert, für die Zwei-Mann-Fraktion ein Konto einzurichten, empört sich Fraktionsvorsitzender Michael Andrejewski und kündigt nun das Einleiten von rechtlichen Schritten an. Gelingt es der NPĐ nicht, ein Konto zu eröffnen, dürfte sie ein finanzielles Problem bekommen: Denn ohne Kontoverbindung gibt's für die Fraktion keine Zuschüsse aus der Sparkasse – weshalb Andrejewski dem Geldinstitut nun vorwirft, „das Wahlergebnis auf kaltem Wege zunichte“ machen zu wollen.

www.links-lang.de

Stadtrat distanziert sich von DSU.

GÖRLITZ. Die Görlitzer Stadtspitze hat sich am 29.7.04 bei einem Besuch im Zgorzelecer Rathaus nachdrücklich von der antipolnischen Plakataktion des DSU-Stadtrates Jürgen Hösl-Daum distanziert. „Wir alle gehen davon aus, dass unsere langjährige Partnerschaft sich als tragfähig auch bei solchen Problemen erweist, und unser gutes, vertrauensvolles Verhältnis nicht nachhaltig belastet wird“, heißt es in dem Schreiben, das Oberbürgermeister Rolf Karbaum (parteilos) dem Vize-Bürgermeister von Zgorzelec, Ireneusz Aniszkiewicz, übergab. Warum Hösl-Daum, der bereits 2003 bei einer antipolnischen Aktion festgenommen wurde, von den Görlitzer Bürgern in den Stadtrat gewählt werden konnte, fragten Journalisten von Radio Wroclaw. Karbaum antwortete, dass die Zahl der Görlitzer, die hinter Hösl-Daum stehen, nicht repräsentativ sei. Auf Anfrage erklärte er, die deutschen Behörden – „Fragen Sie mich nicht welche“ – würden in dem Fall ermitteln. Er regte an, Kontakt zur Staatsanwaltschaft Görlitz aufzunehmen. Die stellte allerdings auf Nachfrage klar, nicht zu ermitteln. Auch wegen der am 1. Mai in Görlitz geklebten antipolnischen Plakate sei man mangels Anzeige durch die Stadt nicht aktiv geworden.

www.ostsachseninfos.tk
Zusammenstellung: baf

Kommunale
Politik

Tarifflucht der Universitätskliniken wirkt sich auf alle Krankenhäuser aus

Inzwischen haben alle vier Universitätskliniken in Baden-Württemberg (Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm) trotz Protestdemonstrationen von Beschäftigten den Ausstieg aus dem Tarifvertrag mit der Gewerkschaft ver.di beschlossen. Sie streben den Abschluss von Haustarifen an, in denen die Arbeitszeit generell auf 41 Stunden erhöht ist und verschiedene Lohnleistungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) gekürzt sind. Wir dokumentieren auf dieser Seite, die Stellungnahme der Landesbezirksleiterin von ver.di sowie zwei Artikel aus dem Krankenhaus-Info Stuttgart, die den Zusammenhang dieser Tarifflucht mit der Krankenhauspolitik des Landes deutlich machen.

ver.di: Keine Verhandlungen über Haustarifverträge

„Mit uns wird es derzeit keine Verhandlungen über Haustarifverträge bei den Universitätskliniken geben.“ Dies erklärt die Landesbezirksleiterin der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Baden-Württemberg, Sybille Stamm, nachdem als vierte Uniklinik Heidelberg aus der Tarifgemeinschaft für den öffentlichen Dienst ausgestiegen ist. „Wir verhandeln auf Bundesebene über eine Reform des Tarifwerks für den öffentlichen Dienst. Dabei werden auch spezielle Regelungen für die Krankenhäuser ausgearbeitet. Es wäre kontraproduktiv, mit einzelnen Unikliniken im Land über Sonderregelungen zu verhandeln. Die vier Unikliniken wären gut beraten, in den großen Tarifverbund zurückzukehren“, sagt Stamm.

Gleichzeitig warnt sie die Arbeitgeber vor einer weiteren Eskalation: „Wir werden uns gemeinsam gegen die von den Vorständen geforderte Verlängerung der Arbeitszeit und Einkommenskürzungen stemmen.“ Weitere Protestaktionen sind geplant.

Die Arbeitsbelastungen von Ärzten und Pflegepersonal lägen schon heute am Limit. Einschränkungen beim Gehalt, verlängerte Arbeitszeiten, höhere Belastungen für Beschäftigte und weiterer Personalabbau bedeuteten automatisch geringere Attraktivität für hochqualifiziertes Personal und damit Verschlechterungen in der Forschung und in der Patientenbetreuung.

Ginge es nach den Arbeitgebern, bedeutete dies etwa in Freiburg einen realen Verlust von 10 bis 25 Prozent der Einkommen und zudem eine Arbeitszeitverlängerung von 38,5 auf 41 Stunden ohne Entgelt, das hieße zehn Stunden mehr im Monat.

Bereits seit Mai müssen Neueingestellte länger arbeiten, erhalten kein Ur-

laubsgeld mehr und haben gekürztes Weihnachtsgeld zu erwarten. Die Arbeitgeber planen zudem verkürzte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Fortfall des besonderen Kündigungsschutzes für Ältere und Kürzung der Ortszuschläge. „Nicht mit uns“, sagt Stamm. „Wir brauchen motiviertes, gut ausgebildetes und erfahrenes Personal in den Krankenhäusern und nicht Beschäftigte, die aus Existenznot mit den Füßen abstimmen“.

„Allein die Arbeitszeitverlängerung würde rechnerisch an den Unikliniken 1.800 der 29.000 Arbeitsplätze kosten – Gift für den Arbeitsmarkt, verhinderte Chancen für die Jugend und verantwortungslos“, stellt die ver.di-Landesbezirksleiterin fest. (29.7.2004)

Unikliniken als Vorreiter bei Tarifflucht

Die Unikliniken des Landes werden vorgeschickt, um den Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Krankenhäuser

beschäftigten einen kräftigen Stoß nach unten zu geben.

Zuerst begann alles ganz harmlos. Die Unikliniken wurden in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt. Um die Beschäftigten zu beruhigen, wurde die Mitgliedschaft im öffentlichen Arbeitgeberverband der Länder (TDL) im Gesetz festgeschrieben.

Letztes Jahr ging's dann los: Das Land Baden-Württemberg und damit auch die Unikliniken kündigten die Tarifverträge über Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Ver.di-Mitglieder und Beschäftigte, die den ver.di-Vertrag als Bestandteil ihres Arbeitsvertrages hatten, waren geschützt. Aber jeder, der neu anfangen zu arbeiten, bekam fortan kein Urlaubsgeld mehr und nur noch ein stark gekürztes Weihnachtsgeld.

Der zweite Schlag kam dieses Jahr durch die Kündigung der Arbeitszeitregelungen des ver.di-Tarifvertrags. Statt 38,5 Stunden müssen nun neu einge-

Über Privatisierungen sollen die Bürger selbst entscheiden!

Überall rollt die Privatisierungswelle:

- da soll das Klinikum in eine GmbH umgewandelt werden,
- da verdrecken Schulen, weil die Reinigung privatisiert wurde,
- da werden die Sozialen Dienste an private Träger abgegeben,
- da werden Abwasserkanäle, Schienennetze, Triebwagen oder Schulen Cross Boarder verleast,
- da werden Energieversorgungsunternehmen, Wasserwerke und Ähnliches verkauft.

Über alle diese Maßnahmen entscheiden Parlamente, oft der Gemeinderat in unserem Namen. Dabei will die große Mehrheit der Bürger diese dauernden Privatisierungen gar nicht, wie alle Meinungsumfragen beweisen. Die Bürger wissen, was sie an ihren Einrichtungen der Daseinsvorsorge und an den sozialen Sicherungssystemen haben.

Deshalb fordern wir vom Gemeinderat Bürgerentscheide zu solchen Fragen zuzulassen!

Ver.di, das Soziale Netzwerk und viele andere sammeln Unterschriften unter einem Bürgerantrag, mit dem Ziel, die Hauptsatzung der Stadt Stuttgart entsprechend zu ändern. Für diesen Bürgerantrag sind ca. 6.000 Stimmen notwendig.

Deshalb unterschreibt für den Bürgerantrag und sammelt selbst Unterschriften!!!

stellte Vollbeschäftigte 41 Stunden pro Woche arbeiten. Aber auch diejenigen, die vor der Tarifvertragskündigung beschäftigt waren, sollen 41 Stunden arbeiten, wenn z. B. wegen einer Beförderung der Arbeitsvertrag geändert werden muss. Diese ganzen Maßnahmen aber sind offensichtlich noch nicht genug. Per Gesetzesänderung wird nun den Unikliniken erlaubt, den öffentlichen Arbeitgeberverband zu verlassen und z.B. Haustarifverträge abzuschließen. In diesem Falle müssen die Beschäftigten der Unikliniken ganz allein und auf sich gestellt ihre Arbeits- und Lohnbedingungen selbst neu aushandeln.

Das Uniklinikum in Tübingen will am 29.06.2004 auf der Aufsichtsratsitzung den Ausstieg aus dem Arbeitgeberverband beschließen. Deshalb hat ver.di die Beschäftigten an diesem Tag dazu aufgerufen, mehrstündige Warnstreiks durchzuführen, um der Klinikleitung klarzumachen, welchen Ärger sie sich in Zukunft einhandelt, wenn sie jetzt alle Tarifauseinandersetzungen mit ihren Beschäftigten direkt führen muss. Dass diese Auseinandersetzung auch für die Beschäftigten des Klinikums Stuttgart hohe Bedeutung hat, wird deutlich an einer Aussage des Krankenhausbürgermeisters Murawski bei einer Anhörung der Grünen-Fraktion im Landtag.

Er erläuterte, dass es dem Stuttgarter Gemeinderat bald nicht mehr erklären könne, warum man sich beim Klinikum noch an den BAT hält, wenn sich jetzt auch die Unikliniken davon verabschieden und niedrigere Löhne durchsetzen würden. Jedes Krankenhaus, das die Bedingungen für die Beschäftigten verschlechtert, übt gleichzeitig Druck auf die anderen Krankenhäuser aus, ebenfalls die Bedingungen für die Beschäftigten zu verschlechtern. Die Kolleginnen und Kollegen in den Unikliniken tragen daher auch für die anderen Krankenhausbeschäftigten eine hohe Verantwortung in der jetzt anstehenden Ausein-



andersetzung. Sie kämpfen auch für uns. Ihnen gehört deshalb auch unsere volle Unterstützung.

(aus Krankenhausinfo 3/2004)

DRGs gefährden Krankenhäuser: Plan der Landesregierung

Dem Land Baden-Württemberg obliegt es, einen Krankenhausbedarfsplan festzulegen, um die Versorgung der Bevölkerung abzusichern. Die Umsetzung dieses Planes müssen dann die Landkreise und kreisfreien Städte sicherstellen. Andererseits ist es der erklärte politische Wille, durch Unterfinanzierung und den Wettbewerb der Krankenhäuser untereinander 30 bis 50% der Krankenhäuser und damit auch viele Arbeitsplätze untergehen zu lassen. Unter den Bedingungen der neuen Finanzierung der Krankenhäuser über Fallpauschalen (DRGs) gibt es deshalb überall heftige Diskussionen oder werden weitgehende Beschlüsse gefasst, wie man am schnellsten seine Krankenhausbetten los wird.

Im Rems-Murr-Kreis sollen die Kreiskrankenhäuser in Waiblingen und Backnang durch einen Neubau in Winnenden ersetzt werden. Im Kreis Böblingen gibt es Pläne für eine Fusion zwischen den

Krankenhäusern in Böblingen und Sindelfingen und eventuell die Aufgabe eines Krankenhauses im Kreis. In Pforzheim hat man beschlossen, das städtische Krankenhaus an die Rhön-Klinikum AG, die an der Börse notiert ist, zu verkaufen. Die Stadt will lediglich 5,1% der Anteile selbst behalten. Und die Vorgänge im Klinikum Stuttgart sind bekannt. Bettenplanung läuft offensichtlich nach dem Zurufsprinzip ab. Es wird erst gar nicht erhoben, was zukünftig in den einzelnen Regionen an Betten in den einzelnen Fachbereichen notwendig ist. Dabei wäre es bitter notwendig, diese Analyse durchzuführen und realistische Zukunftsszenarien zu entwickeln, an denen man die Krankenhausplanung festmachen kann.

Tatsächlich überlässt man es aber zunehmend dem Markt, was zukünftig wo vorgehalten wird. Markt schafft aber Gewinner und Verlierer, schafft Überkapazitäten im lukrativen Bereich und erzeugt Wartelisten im unlukrativen Bereich. Bettenplanung nach Marktgesetzen gefährdet wichtige Teile der Versorgung. Dieser Entwicklung müsste das Land im Interesse der bedarfsgerechten Versorgung entgegentreten – das ist eigentlich sein gesetzlicher Auftrag.

Wie dies aber tatsächlich aussieht, kann man an den „10 Leitlinien der baden-württembergischen Krankenhauspolitik“, die jetzt die Landesregierung beschlossen hat, ablesen. Hier die wichtigsten:

- Kürzere Krankenhausaufenthalte und mehr ambulante Behandlungen bedingen Bettenabbau und Spezialisierung.
- Der Bürger will für das von ihm verlangte Sicherheitsgefühl eine wohnortnahe Grundversorgung mit Krankenhausleistungen. Deshalb muss in jedem Landkreis mindestens ein(!) leistungsfähiges Krankenhaus vorgehalten werden. Für bestmögliche Qualität sind die Bürger aber bereit, weitere Wege in Kauf zu nehmen.
- Geringe Auslastung und kleine Fallgruppen verschärfen den bereits bestehenden Kostendruck.
- Für Qualitätsverbesserungen wird es vermehrt darum gehen, bestehende Standorte weiterentwickeln oder zentrale neue Standorte zu errichten.
- Die Landesregierung unterstützt Kooperationen und verabredete Schwerpunktsetzungen von Krankenhäusern auch kreisübergreifend, um unnötige Doppelvorhaltungen zu vermeiden.
- An bestimmten Krankheitsbildern orientierte Kompetenzzentren sind zu bilden.

Die Landesregierung begleitet also mehr den Umbau des Krankenhaussektors unter Marktbedingungen, anstatt ihn auf der Basis klarer Fakten bedarfsgerecht zu gestalten. Die wohnortnahe Versorgung gerät immer mehr in Konkurrenz zur optimalen Versorgung und verliert weitgehend ihre Bedeutung.

(aus Krankenhausinfo 3/2004)



Volksentscheid mit Füßen getreten

HAMBURG. 78% der Wählerinnen und Wähler hatten im Februar diesen Jahres mit einem Volksentscheid gegen die Mehrheitsprivatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) – ein Betrieb mit sieben Krankenhäusern und über 12.000 Beschäftigten – votiert. Ungeachtet dessen hat der CDU-Senat die Verkaufsverhandlungen mit dem Gesundheitskonzern Asklepios weitergeführt und jetzt zum Abschluss gebracht. Ergebnis: Der LBK wird zu 74,9% verkauft. Nicht nur die offene Missachtung des Ergebnisses des Volksgesetzgebungsverfahrens, auch die Modalitäten des Verkaufs sind skandalös.

Der Sachverständige der Arbeitnehmervertreter im LBK-Aufsichtsrat, Un-

und erhält zudem einen zinslosen Umlaufmittelkredit von der Besitzgesellschaft, also der Stadt Hamburg, in Höhe von ca. 100 Mio. Mit diesen Schulden bezahlt der LBK, nicht Asklepios, die erste Kaufpreisrate in Höhe von 180 Mio. Euro. Ob der gesamte Kaufpreis für die 74,9% in Höhe von 318,625 Mio. Euro jemals gezahlt werden wird, ist ungewiss, da weitere Zahlungen vom Börsengang und der Gewinnentwicklung abhängig gemacht wurden. Die Stadt übernimmt also rund 560 Mio. Schulden, gibt dem privatisierten LBK einen weiteren Kreditrahmen und hat zudem noch jährliche Lasten von 60 Mio. Euro zu tragen. Im Ergebnis, so Kestermann, hat die Stadt Hamburg über ihre Besitzgesellschaft nach dem Mehrheitsverkauf und trotz Zahlung von 180 Mio. Euro ähnlich hohe Defizite wie heute, also rund eine halbe Milliarde Euro.

Damit nicht genug. Zunächst hatte der Senat mitgeteilt, dass die zweite Teilprivatisierung, der Verkauf weiterer 25%,

Wirtschaft fordert Bekenntnis zu Hartz IV. – HB, Die., 17.8.04. Ungeachtet der Proteste in der Bevölkerung hat die Wirtschafts-

Wirtschafts-
presse

Regierung und Opposition aufgefordert, bei der Arbeitsmarktreform standhaft zu bleiben und sie wie geplant umzusetzen. Hauptgeschäftsführer des BDI, L. von Wartenberg und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT) L. G. Braun kritisieren die Debatte der vergangenen Wochen um die Hartz-Reform und deren „aktuelle Weichmacherei quer durch alle Parteien“. Dies habe die Menschen unnötig verunsichert.

Wirtschaft setzt auf Verkehrsausbau in China. – HB, Mo., 16.8.04. BDI-Präsident Rogowski ist der Ansicht, Asien brauche nicht nur leistungsfähige Transportsysteme für den Gütertransport, sondern auch Verkehrssysteme für die Megastädte. „Deutsche Firmen können dies alles liefern“. „Der Transrapid war erst der Anfang“ so J. Heraeus, Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. Besondere Chancen rechnet er sich im Vorfeld der für 2008 nach Peking vergebenen Olympischen Spiele aus. Bis dahin soll ein leistungsfähiges innerstädtisches Transportsystem mit Bussen und Bahnen aufgebaut werden.

Deutsche Wirtschaft fordert niedrigere Hermes-Prämien. – Nach Auffassung des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) sowie des DIHT sollten zumindest mittelfristig diejenigen Exporteure begünstigt werden, die ihre Geschäftspartner sorgfältig aussuchten und der staatlichen Exportkreditversicherung Hermes keine Schäden verursachten. Seit sechs Jahren erzielt Hermes Überschüsse, die an den Bundeshaushalt abgeführt werden.

Gesamtmetall gegen Sonderregeln für Ältere. – HB, Do., 19.8.04. Gesamtmetall hat Forderungen des DGB und Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nach Sonderregelungen für die ca. 390 000 älteren Arbeitslosen abgelehnt, die nach der so genannten 58er Regelung nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. „Ziel von Hartz IV ist es, damit Schluss zu machen, Arbeitslosen dauerhaft aus Steuern ein Einkommen in der Nähe ihres alten Lebensstandards zu sichern“ sagte Verbandssprecher W. Riek. Nach der 58er Regelung müssen Arbeitslose, die 58 Jahre oder älter sind, der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn sie sich schriftlich gegenüber dem Arbeitsamt verpflichten, so früh wie möglich eine abschlagsfreie Rente zu beantragen. Durch die Hartz IV-Reform werden rund 164 000 Arbeitslose, die eine solche Erklärung abgegeben haben, schlechter gestellt. (Statt ca. 50 % des letzten Nettogehalts als Sozialhilfe, ab 2005 nur noch ALG II).

Presseauswertung: rst



ternehmensberater Kestermann, wies darauf hin, dass die Stadt mit dem Verkauf ein erhebliches Risiko eingeht.

Zur Legitimation der Privatisierung hatte der Senat stets angeführt, dass das LBK die „Altlasten“, insbesondere die Rentenzahlungen, nicht tragen und die Stadt sie nicht übernehmen könne. Die erzielte Regelung sieht vor, dass das LBK zum 1.1.05 in eine Besitz- und in eine Betriebsgesellschaft geteilt wird. Die Betriebsgesellschaft wird zunächst zu 49,9%, später zu 74,9% von Asklepios übernommen, die Besitzgesellschaft bleibt im Eigentum der Hansestadt. Diese Besitzgesellschaft übernimmt die gesamten LBK-Schulden in Höhe von 500 Mio. Euro, und übergibt den LBK schulden- und altlastenfrei an Asklepios. Ferner stellt sie Asklepios die Gebäude etc. für 60 Jahre miet- und pachtfrei zur Verfügung. Der schuldenfreie LBK nimmt sodann 250 Mio. Euro Bankschulden auf

erst zum 1.1.07 stattfinden solle. Aber der Senat hat es augenscheinlich eilig. Am 24.8. meldet die „Welt“, dass die insgesamt 74,9% schon in einem halben Jahr an Asklepios gehen, nämlich dann, wenn der Vertrag unterzeichnet wird. Die „Geschäftsbesorgung“ soll dann komplett von Asklepios übernommen werden, dafür „verzichte“ der Senat auf 25% seiner Stimmrechte.

Welche Auswirkungen die Privatisierung auf die Beschäftigten hat, ist noch nicht abzusehen. Der Personalrat warnt davor, dass Asklepios die Tarifverträge in Frage stellt. Zum 1.10. würden Ausbildungsplätze gestrichen.

ver.di hat angekündigt, mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht die Missachtung des Bürgerwillens zu verhindern. scc

Quellen: div. Pressemitteilungen von ver.di und der Freien und Hansestadt Hamburg; Welt 24.8.

Gregor Gysi gibt der Berliner Zeitung am 21. August ein Interview, in dem er seine Pläne vage umreißt. Für ihn ist der „Westaufbau“ der PDS weiterhin gescheitert. Konkrete Vorschläge macht er aber auch nicht.

Herr Gysi, die PDS kommt in bundesweiten Umfragen auf 7,4 Prozent, das ist Rekord. Müssen Sie nicht jeden Tag dem Bundeskanzler für Hartz IV danken?

Als demokratischer Sozialist will man, dass es den Menschen besser geht. Dann kann man sich nicht wirklich darüber freuen, wenn es ihnen durch Hartz IV schlechter geht – auch wenn man dafür höhere Akzeptanz genießt. Davon abgesehen ist das Hoch der PDS nicht allein Hartz IV zu verdanken. Die PDS ist, seit Lothar Bisky erneut die Verantwortung übernommen hat, wieder bürgernäher geworden und hat sich viel stärker mit den praktischen politischen Problemen der Menschen auseinander gesetzt. Außerdem haben die Ostdeutschen gespürt, dass die neuen Länder im Bundestag mangels PDS kaum eine Rolle mehr spielen. Das alles zusammen führte schon vor Hartz IV zu einem Anstieg, wie die Erfolge bei der Europawahl und der Landtagswahl in Thüringen zeigen ...

Ihr Parteistrategie André Brie schwärmt von der Konstellation Gysi im Osten und Lafontaine mit der neuen Linkspartei im Westen. Wäre das ein Weg, Stimmen zu bündeln?

Die PDS ist eine bundesweite Partei und im Kern kann sich eine linke Partei nicht regional verstehen. Es sei denn, sie hat eine Partnerpartei. Also, ich nehme die Sache mit der Neugründung einer Linkspartei ernst, wobei ich feststelle, dass ich einige Namen schon seit zu vielen Jahren kenne und dort schon jetzt Debatten geführt werden, wie sie die Linke seit 30 Jahren führt. Davor kann ich nur warnen. Trotzdem, was stellen wir fest? Wenn die Menschen im Westen unzufrieden mit der SPD sind, dann kommen die allerwenigsten auf die PDS. Diese Tatsache kann die PDS nicht ewig verdrängen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir nicht in der Lage sind, dieses Defizit im Westen auszufüllen. Das verlangt die Ehrlichkeit, sich das einzugestehen, auch wenn viele PDS-Landesverbände im Westen dagegen aufschreien.

Aber was bedeutet das konkret für eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei?

Man sollte darüber nachdenken, wie man bei aller kulturellen, traditionellen und organisatorischen Unterschiedlichkeit versuchen kann, im Interesse der Menschen etwas Gemeinsames zu machen. Das muss dann auch zu Konsequenzen bei Wahlen führen. Eine Kooperation zwischen einer neuen Linkspartei im Westen und der PDS nützte beiden. Menschen denken dabei auch an Oskar Lafontaine

und mich. Sie fragen sich, das sind doch ähnliche Ansätze, wieso kann das nicht in irgendeiner Form zusammengehen.

Und, kann es zusammengehen?

Als die Gerüchte aufkamen, dass wir gemeinsam eine neue Partei gründen wollen, habe ich gesagt, dass man das nicht macht, nur weil zwei alte Männer nichts anderes zu tun haben. Da muss eine gesellschaftliche Bewegung dahinter stehen. Die scheint es jetzt im Westen zu geben. Die Montagsdemos im Osten sind Ausdruck eines Protestes, nicht eines Organisationswillens. Ich sage nur, wenn im Westen eine linke Partei entstehen sollte, weil wir nicht die Kraft haben, das in uns zu vereinen, müssen wir das akzeptieren. Aber konkreter kann und will ich jetzt nicht werden, auch nicht in Bezug auf Oskar Lafontaine.

Aber vielleicht in Bezug auf ihre eigenen politischen Pläne. Werden Sie wieder für den Bundestag kandidieren?

Ich habe mit Lothar Bisky fest verabredet, dass ich auf jeden Fall nicht öffentlich Nein sagen werde, ohne dass wir das beraten haben. Diese Entscheidung werden wir irgendwann im nächsten Jahr treffen. Aber ich merke, der Druck nimmt zu. Es ist anders als vor einem Jahr, als ich einen gewissen Gysi-Verdross spürte. Es sprechen mich Leute an, die mit der PDS wenig am Hut haben. Sie sagen, dass ihnen was fehlt, eine bestimmte Form der Auseinandersetzung sowohl medial als auch im Bundestag. Und das lässt mich natürlich nicht völlig kalt. Auf der anderen Seite sage ich, elf Jahre Bundestag in meinem Leben sind eigentlich genug. Und ich bin skeptisch, Leben in einer bestimmten Form zu wiederholen. Dafür spräche, dass ich jetzt eine andere Substanz habe als beim Ausscheiden. Deshalb sage ich, bis 2006 ist noch lange hin. Aber Lust? Nein, ich fühle mich jetzt wohl. Aber ich muss es ja nicht heute entscheiden.

Sollte die PDS in Brandenburg den Ministerpräsidenten stellen, wenn sie stärkste Fraktion wird?

Im Jahr 2004 halte ich es für undenkbar, dass die PDS mit einer schwächeren Fraktion eine Koalition eingeht, aber die schwächere Fraktion den Ministerpräsidenten stellt. Es müsste auch den kleineren Partner demütigen. Das wäre so ein Gnadengeschenk. Abgesehen davon müssen sich aber PDS und CDU für die Zukunft schon mal eines überlegen: Wenn keine Partei die absolute Mehrheit hat, entscheidet immer die SPD ganz alleine, wer regiert. Also, wenn ich was zu sagen hätte in der PDS oder in der CDU, mir würde das nicht gefallen. Ich würde darüber nachdenken, lockerer miteinander umzugehen. Man muss ja wenigstens für den Notfall mit einer Zusammenarbeit drohen können.

Zusammenstellung: jöd

Eine PDS-Anfrage und eine angeblich ahnungslose Bundesregierung

Im Frühsommer des Jahres 2000 reichte die damalige PDS-Bundestagsfraktion bzw. deren damalige innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke eine Anfrage an die Bundesregierung zu deren Haltung gegenüber Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) ein. Anlass der Anfrage war ein Artikel in der Zeitschrift „Deutscher Ostdienst“ (Herausgeber: Bundesverband der Vertriebenen, BdV). In ihrer Ausgabe Nr. 16 vom 20. April 2000 stufte die Redaktion dieser Zeitschrift „die Entscheidung der ‚Ostpreußischen Landesvertretung‘, des ‚obersten Beschlussorgans‘ der LO, in der sich diese im März 1997 weigerte, das Eintreten für die ‚nationale und staatliche Einheit Deutschlands unter Einschluss Ostpreußens‘ aus ihrer Satzung zu streichen, als eines der ‚wesentliche(n) Verdienste‘ des amtierenden Vorsitzenden der LO ein (a.a.O., S. 2)“ ein.

Der „Deutsche Ostdienst“, so die PDS, „unterstützt damit die Verfechtung von außenpolitischen Zielen, die im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen, zu zahlreichen internationalen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland (u.a. dem Zwei-plus-Vier-Vertrag) und im Widerspruch zum Grundgesetz stehen.“

Die Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen in der vom „Deutschen Ostdienst“ zitierten Form behauptete, die deutsche Einheit sei nicht erreicht, „zu ihrer Verwirklichung gehöre die Annexion der Gebiete des früheren ‚Ostpreußens‘ an das Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Die Satzung der LO verpflichtet damit Mitglieder und Funktionäre der LO zu einer Politik, die den Frieden gefährdet, jede Politik der guten Nachbarschaft mit den Staaten Osteuropas untergräbt und gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verstößt.“

Die PDS wollte von der Bundesregierung wissen, welche „verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse“ ihr „über die oben genannten territorialen Forderungen der Ostpreußischen Landsmannschaft“ vorliegen, ob sie Erkenntnisse über eine rechtsextreme Durchsetzung der Landsmannschaft habe, ob die LO Geld von der Bundesregierung erhalte usw.

Die Antwort der Bundesregierung fiel wie üblich absolut ahnungslos und desinteressiert aus. Ihr lägen keinerlei Erkenntnisse vor, dass von der LO „territoriale Forderungen in verfassungsschutzrelevanter Weise propagiert werden“. Auch eine rechtsextreme „Durchsetzung“ der LO „im Sinne der Anfrage ist nicht bekannt“. Die Förderung der LO aus Bundesmitteln sei eingestellt.

Auch über eine rechtsextremistische Ausrichtung des „Ostpreußenblattes“ lägen ihr keine „Erkenntnisse“ vor. „In einzelnen Fällen hat die Zeitung allerdings Beiträge von Rechtsextremisten veröffentlicht.“ (Alle Zitate aus der Bundes-

Wer ist die „Preußische Treuhand“?

tagsdrucksache 14/3469, 29.5.2000).

So lakonisch die Antwort der Bundesregierung ausfiel, so wütend reagierte die Landsmannschaft. Sie verklagte die Abgeordnete und den damaligen Vorsitzenden der PDS-Fraktion, Gregor Gysi, auf Unterlassung vieler Vorwürfe. Fast einhalb Jahre später, am 31. Januar 2002, meldete die PDS, dass die Klage der LO auch in zweiter Instanz beim OLG Celle rechtskräftig abgewiesen sei.

14. Dezember 2000: Die „Preußische Treuhand“ wird gegründet

Wenige Monate nach der gespielten ahnungslosen Antwort der Bundesregierung, am 14. Dezember 2000, gründeten Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen mit anderen die „Preußische Treuhand“ GmbH (Büroanschrift heute: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. 0211-39 57 63, Fax 02964-94 54 59).

„Die Landsmannschaft Ostpreußen und die Landsmannschaft Schlesien sind zusammen mit 50% beteiligt. Außerdem haben vier weitere Landsleute – zugleich auch Funktionsträger im Vertriebenenbereich – Kapital als Einlage für die Treuhand GmbH zur Verfügung gestellt“ (zit. aus der Homepage der „Treuhand“).

Ziel sei die „Sicherung des Anspruchs bzw. Rückgabe des im Osten von den Vertreiberstaaten rechtswidrig konfiszierten Eigentums“. „Die Preußische Treuhand GmbH und Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien ist eine vom BdV un-

abhängige, selbständige Organisation, die die offen gehaltene Eigentumsfragen so schnell als möglich einer für alle Beteiligten befriedigenden Regelung zuführen will.“ (ebenda, fehlerhaftes Deutsch im Original)

Brandstifter auf Aktienbasis

Auf ihrer Homepage schildert die „Preußische Treuhand“ ihre weitere Entwicklung so:

„Am 18. September 2001 ... wurde die Treuhand GmbH zu einer KG a.A. erweitert. Es geht jetzt um die Sammlung weiterer Aktionäre der Preußischen Treuhand (GmbH & Co. KG a.A.), um die Preußische Treuhand finanziell zu stärken, damit sie ihre Aufgabe wirksam wahrnehmen kann. Die Argo wurde Gründungsmitglied und ist mit Professor von Waldow im Aufsichtsrat vertreten.“ (ebenda) Unter dem Kürzel Argo verbirgt sich „Arbeitsgemeinschaft Ost“.

Auf ihrer Homepage wirbt die „Treuhand“ für den Kauf ihrer Aktien. „Um das Kapital für eine wirksame Arbeit der Treuhand schnell aufzubringen, sollten sich möglichst schnell viele Landsleute und interessierte Unterstützer beteiligen. Die kleine Beteiligung ist eine Aktie von 100 DM (= 50 Euro). Diejenigen, die es aufbringen können, sind aufgerufen, sich an der Aktion 1000 x 1000 zu beteiligen. D.h., wenn sich in kurzer Zeit 1000 Landsleute oder Unterstützer mit je 1000 DM (=10 Aktien beteiligen), kann sehr

schnell ein effektiver Geschäftsbetrieb zur Sicherung der Eigentumsansprüche aufgenommen werden.“ (Alle Zitate nachzulesen unter www.ostpreussen.nrw.de/Treuhand/PVerwirklichung.html)

Inzwischen hat diese Gesellschaft, so Rudi Pawelka, bereits „über tausend Aktionäre“ gewonnen. „Mehrere hunderttausend Euro seien durch die Beteiligung der meist selbst Vertriebenen schon zusammengekommen.“ (www.politiker-screen.de). In Musterklagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und anderen internationalen Gerichten will die Gesellschaft ihre Ansprüche vorbringen. Mehr als einhundert Klagen seien bereits in Vorbereitung. Ziel sei es, „eine Rückkehr vertriebener Deutscher auf ihre einstigen Immobilien zu ermöglichen.“ „Allein in Kattowitz hätten sich bei einer deutschen Kulturvereinigung über 700 deutschstämmige Polen gemeldet, die Restitutionsansprüche geltend machen wollen.“ (Die Welt, 4.8.2004)

In der Presse wird spekuliert, die „Treuhand“, die sich auch mit dem englischen Titel „Prussian Claims Society“ schmückt (ein Name, der offensichtlich auf die „Jewish Claims Society“ anspielt, die Ansprüche von Holocaustüberlebenden vertritt), könne auch vor US-Gerichten Klagen einreichen, ähnlich den vor Jahren eingereichten Entschädigungsklagen von Überlebenden der NS-Zwangsarbeit gegen deutsche Konzerne. Dass solche Klagen aber je vor einem US-Gericht zugelassen werden, darf bezweifelt werden.

Das Trio Pawelka, Parplies, von Waldow und sein schwarz-braunes Netz

Öffentlich in Erscheinung getreten für die „Preußische Treuhand“ sind bisher im Wesentlichen drei Personen: Professor Alexander von Waldow, Mitglied des Aufsichtsrats, Hans-Günther Parplies, stellvertretender Vorsitzende des Aufsichtsrats, und der schon genannte Rudi Pawelka.

Der 81-jährige Alexander von Waldow stammt nach einem Bericht des Deutschlandfunk (13.7.2004) aus Eckernförde und ist zugleich stellvertretender Geschäftsführer der „Treuhand“. Seine Eltern besaßen ein Schloss nahe Landsberg an der Warthe, das nach einem Bericht der Rheinischen Post (13.2.2004) Mitte des 19. Jahrhunderts als „Schloss Merenthin“ erbaut worden war. Dieses Schloss samt 3.500 Hektar Land will der Nachkomme preußischer Adliger jetzt zurückhaben. (www.german-foreign-policy, 26.02.2004)

1998 hatte eine polnische Firma die heruntergekommene Immobilie ersteigert und baute sie – laut Deutschlandfunk auch mit Hilfe derer von Waldow – zu einem schönen Tagungs- und Schu-

Trügerische Hoffnungen auf die USA

Sollte die Kampagne der „Preußischen Treuhand“ weitergehen, hofft die polnische Regierung ebenso wie die Regierung der Tschechischen Republik, die mit ähnlichen Anmaßungen aus Kreisen der Sudetendeutschen Landsmannschaft konfrontiert ist, auf noch auf einen anderen Verbündeten. Wer bei Schröders Besuch in Warschau die Fernsehberichte genau verfolgte, bemerkte ihn dort: US-Außenminister Powell bzw. generell die US-Regierung.

Gegen deutsche Großmachtansprüche, so die Hoffnungen in Warschau und Prag, schützen die USA. Schon einmal haben sich diese Hoffnungen erfüllt. Als Bundesaußenminister Kinkel (FDP) 1995 gemeinsam mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft offen auf Rückgabe deutschen Eigentums in Tschechien drängte und dazu auch das Potsdamer Abkommen wiederholt in Zweifel zog, veröffentlichte die US-Botschaft in Prag eine scharfe Warnung. Ihre „Offizielle Erklärung“ hatte folgenden Wortlaut:

„Washington, 14. Februar 1996. Die Entscheidungen, die auf der Potsdamer Konferenz von den Regierungen der USA, des Vereinigten Königreichs und der damaligen Sowjetunion im Juli und August 1945 getroffen wurden, waren fest verankert im internationalen Recht. Die Entscheidungen der Konferenz sind seitdem viele Male in verschiedenen internationalen und bilateralen Vereinbarungen bekräftigt worden. Die Konferenz anerkannte, dass der Transfer der ethnisch deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei geschehen müsse. Artikel XIII des Konferenzberichts forderte, dass diese Umsiedlung ‚ordentlich und human‘ geschehen müsse.“ Und dann: „Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz sind historische Tatsache und die Vereinigten Staaten sind zuversichtlich, dass niemand sie in Frage stellen will.“

1995 reichte diese Warnung, um Kinkel zum Schweigen zu bringen. Die Kampagne der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ aber ging weiter – ebenso wie die anderer „Landsmannschaften“ im BdV. Dass die USA ein zweites Mal eingreifen, darf deshalb bezweifelt werden.

lungszentrum um. Im Herbst 2002 feierte man die festliche Eröffnung. Kurz danach aber teilte der zuvor kooperative Alt-Eigentümer von Waldow den neuen Besitzern mit, dass er sich als rechtmäßiger Eigentümer sehe und die Immobilie zurück haben wolle. Die in der Nähe von Gorzow Wielkopolski befindlichen Ländereien seien „geklautes Land“, behauptet von Waldow in Interviews, unter anderem mit den „Republikanern“.

Seine Familie distanziert sich von die-



Gespentisches Treiben. Schlesier-Treffen

sem Herrn. Die „Berliner Zeitung“ veröffentlichte am 7.8.2004 einen Leserbrief, in dem es hieß: „Alexander von Waldow ist für uns ein Außenseiter und handelt nicht im Namen unserer Familie. Wir lehnen die Bemühungen der ‚Preußischen Treuhand‘ um Rückgabe entschieden ab. Wir sind dankbar, dass die neuen polnischen Eigentümer von Merenthin unser Schloss vor dem Verfall gerettet haben. Bewusst respektieren sie die Geschichte, die mit unserem Namen verbunden ist, und pflegen den Kontakt mit unserer Familie.“ Unterzeichnet war der Brief von Hans Eberhard von Waldow, Pittsburgh, USA.

Hans Günter Parplies, der stellvertretende Aufsichtsratschef der Treuhand, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie scheinheilig die öffentlichen Distanzierungen der Vorsitzenden des Bund der Vertriebenen, der CDU-Rechtsaußen und Bundestagsabgeordneten Frau Steinbach, von der „Preußischen Treuhand“ und die nach außen hin gespielte Ahnungslosigkeit der Bundesregierung in Wirklichkeit sind. Parplies ist unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, der aus dem Haushalt von Bundesinnenminister Schily und aus dem Etat des Kanzleramts bis heute mit Millionenzuschüssen gesponsort und am Leben gehalten wird.

Hauptsprecher der „Preußischen Treuhand“ aber ist Rudi Pawelka, in Personalunion auch Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. Wes Geistes Kind dieser Mann ist, wird schon daran erkennbar, dass er jeden Verweis auf das Potsdamer Abkommen als „abwegig“ einstuft.

In einer Ansprache auf dem Schlesier-

Treffen in Nürnberg am 15.7.2001 hetzte Pawelka gegen „Eiferer“, „denen es mehr oder weniger nur darum geht, deutsche Schuld zu kultivieren“, während er „uns“ – also das Publikum des Schlesier-Treffens – „als Opfer eines der größten Völkerrechtsverbrechens“ sieht. Die frühere DDR ist für ihn bis heute „Mitteldeutschland“. Es sei „ein weit verbreitetes Übel, dass grobe Vereinfacher die Vertreibung der Deutschen als Kriegsfolge hinstellen“. Selbst die ARD-Sendung über „Die Vertriebenen, Hitlers letzte Opfer“ sei eine „Ablenkung von den wahren Tätern“. Innenminister Schily dagegen erhält von ihm anerkennende Worte für seine „Amtsführung im Bereich der Ihnen verbliebenen Aufgaben im Vertriebenenbereich“, insbesondere wohl für die jährlichen Millionenzahlungen an den BdV, muss aber gleichzeitig heftige Kritik einstecken, weil die Regierung 84.600 Euro aus Mitteln für die „Kulturarbeit“ des BdV für eine Ausstellung über die Opfer von Lidice „abgezweigt“ habe. Selbst das Wort der polnischen Bischöfe von 1965 „Wir gewäh-

ren Vergebung und bitten um Vergebung“ ist Pawelka zu wenig: „Eine Entschuldigung muss schon her.“

Dokumentiert ist diese Rede Pawelkas auf der Homepage www.freikon.de – Untertitel: „Die freiheitlich-konservative Ideenbasis“. Betrieben wird diese Homepage von einem Torsten Rimane aus Braunschweig. Als Förderer nennt der unter anderem die „Paneuropa Jugend Niedersachsen/Bremen“ und die Braunschweiger Burschenschaft Germania. Als „Referenten“ für Jugendverbände vermittelt „Freikon“ unter anderem den CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Geis und den CSU-Landtagsabgeordneten, langjährigen CSU-Generalsekretär und jetzigen bayerischen Wissenschaftsminister Thomas Goppel. Von „Freikon“ empfohlene Referenten sind außerdem Andreas Schwegel, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union Niedersachsen, und Karl Ludwig Bayer, 1972 wurde Karl Ludwig Bayer Verleger der von William S. Schlamm redigierten Zeitschrift ZEITBÜHNE. Seit 1976/77 ist er Herausgeber des konservativen Ideenmagazins EPOCHE ... Im Herbst 2001 feierte die EPOCHE, deren Gründungspräsident Otto Schedl (Stellvertreter von Ministerpräsident Alfons Goppel) war, ihren 25. Geburtstag“, stellt „Freikon“ ihn vor.

Zu den Organisationen, die „Freikon“ empfiehlt, zählt unter anderem das Studienzentrum Weikersheim, die Aktion „Wahre Liebe wartet“ und der „Verein zur Wahrung der deutschen Sprache“. Als empfehlenswerte Zeitungen und Zeitschriften gelten den „Freikon“-Machern unter anderem der „Bayernkurier“ und die „Junge Freiheit“, das „Ostpreußen-

blatt“ sowie die ebenfalls in braunen Kreisen geschätzten Zeitschriften „Criticon“ und „Deutschland-Magazin.“ Nicht überraschend findet sich auf der „Studentenseite“ von „Freikon“ der Hinweis, für „freiheitlich-konservative Studenten“ sei es „fast schon eine Pflicht, einer Studentenverbindung beizutreten.“

Bundesregierung wettet öffentlich und winkt zugleich mit Knete

Ob dem schwarz-braunen Netzwerk aus Bund der Vertriebenen, „Preußische Treuhand“ & Co. am Ende Erfolg beschieden sein wird? Nicht nur in Polen ist die Empörung groß. Selbst das für linke Anwendungen unverdächtige Düsseldorf Handelsblatt hatte sich schon vor Wochen über die BdV-Vorsitzende Frau Steinbach empört. „Es gibt Momente, da schweigt man besser. Hätte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Frau Erika Steinbach, auch nur ein Quäntchen Feingefühl, dann hätte sie diese Regel beherzigt“, schimpfte das Blatt Ende Juli über die unsäglich Sprüche von Steinbach im Kontext der Erinnerungen an den Warschauer Aufstand 1944, und bedauerte: „Offensichtlich scheint es in der CDU niemanden zu geben, der Frau Steinbach das Schweigen lehrt.“

Offensichtlich nicht nur das. Schließlich hatte die von der rot-grünen Regierung finanzierte „Bundeszentrale für politische Bildung“ Steinbach zu eben diesem Thema – dem von deutschen Truppen mit einem fürchterlichen Gemetzel niedergeschlagenen Warschauer Aufstand – als Hauptrednerin für eine Festveranstaltung geladen.

Nicht minder deutlich fällt der Kommentar derselben Wirtschaftszeitung zu den Aktivitäten der „Preußischen Treuhand“ aus. Unter der Überschrift „Unselbige Debatte“ warf die Zeitung am 12.8. der „Treuhand“ vor, wer an der deutsch-polnischen Aussöhnung rüttelte, „der zündelt“. Die Tätigkeit der Treuhand sei geeignet, die deutsch-polnischen Beziehungen „nachhaltig zu vergiften“. Der Warschauer Bürgermeister Lech Kaczyński habe völlig zu Recht „auf den groben Klotz der Preußischen Treuhand ... einen groben Klotz“ gesetzt. Kaczyński habe die Schäden ausrechnen lassen, „die Deutsche der polnischen Hauptstadt und ihren Bewohnern im Krieg angetan hatten. Zusammenaddiert haben die Experten 39 Milliarden Dollar. Doch wichtig ist nicht die exakte Zahl, sondern die Botschaft, die von ihr ausgehen soll: Lasst angesichts des millionenfachen Leids, das der Krieg über Polen gebracht hat, die Finger von Entschädigungsdebatten.“

In deutschen Wirtschaftskreisen ist man also anscheinend erobert über die Aktivitäten der „Treuhand“. Das ermunterte auch Kanzler Schröder, diese schärfer zu kritisieren, als die Regierung sonst mit Umtrieben der „Vertriebenenverbände“ umgeht. Auf der Gedenkfeier zum Warschauer Aufstand in Warschau ver-

kündete Schröder, die Regierung werde den Aktivitäten der „Treuhand“ falls nötig auch vor internationalen Gerichten entgegentreten. Das könnte die Prozessaussichten der „Treuhand“ erheblich verschlechtern.

Entsprechend scharf kritisierte Frau Steinbach vom BdV sofort diese Ankündigung Schröders. Gleichzeitig forderte sie ein neues „Entschädigungsgesetz“, um angeblich noch immer bestehende Vermögensansprüche deutscher Adliger, deutscher Firmen usw. in Osteuropa zu befriedigen. Das würde, so Steinbach, auch für Polen „Rechtssicherheit“ schaffen.

Eine solche neuerliche Entschädigungszahlung der Bundesregierung für ehemalige Junker und deren Nachkommen könnte auch anderen Klägern gelegen kommen. Auch die einflussreiche Töpfer-Stiftung in Hamburg klagt vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg wegen früherer Güter im Osten. Dazu gehört nach einem Bericht der Homepage www.german-foreign-policy.de



Erika Steinbach, BdV-Vorsitzende. Der gerade wiedergewählte Vize ist bei der Preußischen Treuhand führend.

Rezension

Der militärische Faktor in der DDR

Von Franz-Karl Hitze

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam hat jetzt den Band 8 zur Militärgeschichte der DDR herausgegeben. Das äußerst umfangreiche Werk basiert auf Vorträgen und Diskussionen der 45. Internationalen Tagung für Militärgeschichte, die vom 18. bis 31. März 2003 in Potsdam stattfand.

Oberst i.G. Dr. Hans Ehlert und Oberstleutnant Dr. Matthias Rogg, die diese Konferenz koordinierten, zeichnen auch für den gleichnamigen Sammelband zum Thema „Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR“ verantwortlich. Der Sammelband reflektiert die Forschung von mehr als zehn Jahren Militärgeschichte in der DDR. Das Autorenverzeichnis nennt neben den beiden Herausgebern 36 Autoren, darunter Christoph Bluth (University of Leeds), Hope M. Harrison (George Washington University), Corey D.

vom 3.2.2004 unter anderem das frühere Gut Kalkhorst, das vor 1945 als „Reichsführerschule“ diente.

Die Bundesregierung hat die Forderung Steinbachs zunächst öffentlich zurückgewiesen und darauf hingewiesen, dass seit 1945 bereits 74 Milliarden Euro Zahlungen im Rahmen des „Lastenausgleichs“ geflossen seien.

Offensichtlich aber können deutsche Junker und deren Erben den Hals nie voll genug kriegen.

Nachdem Steinbach wenige Tage später andeutete, die von ihr geforderte Summe werde vielleicht nicht allzu hoch sein, scheint die rot-grüne Bundesregierung wieder einmal einknicken zu wollen. Es gibt Andeutungen, dass möglicherweise im Hintergrund schon verhandelt wird zwischen BdV und Regierung, um mit einer neuerlichen Zahlung – verbunden mit rechtlichen Regelungen – „Rechtsfrieden“ zu schaffen. Im BdV selbst hat allein die Ankündigung Steinbachs, möglicherweise sei ihr Verband mit einer geringen Zahlung zufrieden, für energische Proteste gesorgt. Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ und des „Tagesspiegel“ vom 22.8.04 soll Frau Steinbach auf einer Vorstandstagung des BdV dafür scharf gerügt worden sein – ihre Konzessionsbereitschaft verstoße gegen die Satzung und alle Beschlüsse des BdV, hieß es. Die Kampagne der „Preußischen Treuhand“ hat die Geldgier der BdV-Funktionäre und ihres Umfelds offenbar voll entfacht.

Auch wenn die „Preußische Treuhand“ an Verhandlungen zwischen BdV und Regierung nicht beteiligt ist, hätte sich die

Ross und Rolf Steininger (Universität Innsbruck).

Ein Verdienst der Koordinatoren ist, dass viele ehemalige hohe NVA-Offiziere und Historiker zu Wort kommen, die Protagonisten des Militärapparates der DDR waren. Es ist auch gut zu wissen, dass die Forschungen zur Militärgeschichte der DDR beim MGFA in Potsdam kein Exklusivthema westdeutscher Historiker ist.

Ehlert/Rogg kommen zu dem Schluss, „dass die Militärgeschichte der DDR noch lange nicht zu Ende geschrieben ist“. Sie stellen fest, dass annähernd zehn Prozent der werktätigen Bevölkerung der DDR mit der Vielfalt der militärischen Organe und der Vielzahl ihrer Angehörigen zu tun hatten. Damit seien relativ mehr Menschen erfasst worden, als in jedem anderen Staat des Warschauer Paktes, einschließlich der Sowjetunion. In der DDR gab es ca. 400.000 hauptamtliche Mitarbeiter in diesem Apparat für die Sozialisation der meisten DDR-Bürger.

Die Themenfelder des Buches umfassen fünf Abschnitte. Es handelt sich dabei um die internationalen Perspektiven im Kalten Krieg, über die Frage der



Objekt der Begierde: Kalkhorst

schwarz-braune Kampagne für die Initiatoren so am Ende gelohnt. Erneute Zahlungen an alte Junkerfamilien und deren Erben wären so das faktische Ergebnis der Hetze von „Treuhand“ & Co.

Auch die finanzielle Förderung der Vertriebenenverbände durch die Bundesregierung – jedes Jahr fließen aus dem Bundeshaushalt an diese zweistellige Millionenbeträge – scheint durch die neuerliche Auseinandersetzung und die damit verbundene Vergiftung und Beschädigung der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen offenbar nicht berührt. Auf die Zahlungen aus dem Etat von Schily, Schröder & Co. dürfen die Eigentümer der „Preußischen Treuhand“ und ihr Umfeld in den „Vertriebenenverbänden“ nach dem, was man so aus Regierungskreisen und insbesondere aus dem Hause von Schily hört, auch in Zukunft weiter rechnen. *rül*

Selbstbestimmung im Rahmen der Sicherheitsarchitektur, den Aspekt des Militärs als Mittel der Herrschaftssicherung im SED-Staat, die Schnittflächen zwischen militärischer und ziviler Gesellschaft und schließlich über Lebenswelt und Alltag in der NVA. Ergänzt werden diese klassischen Bereiche durch kleinere Spezialaspekte die bisher kaum Beachtung gefunden haben: Kirche und Militär, Militär und Film. Schließlich wird das Ende der NVA und die Armee der Einheit behandelt. Dazu bemerkt Hans Ehlert, dass es in der Militärgeschichte kaum ein Beispiel gibt, „dass eine Armee gewaltlos und in Zusammenarbeit mit den davon Betroffenen von einem politischen System, gegen das es zuvor ausgerichtet war, abgewickelt wurde“. Wie dieser Prozess bis zur Auflösung der NVA verlief und welche Friktionen dabei auftraten, wird von Ehlert im Schlussbeitrag des Buches unter dem Titel „Die Armee, die nicht mehr gebraucht wurde“ behandelt.

Hans Ehlert und Matthias Rogg: Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR, Ch. Links Verlag Berlin, 2004, geb., Hardcover, 740 S., Preis 34,80 Euro, ISBN 3-86153-329-4

Zwischen dem Manierismus der Renaissance und dem Realismus der Aufklärung mit offenen Ausgang

Schleswig. Der Maler Werner Tübke wäre am 30. Juli 75 Jahre alt geworden. Mit Bernhard Heisig und Wolfgang Mattheuer gehörte er zu den Begründern der Leipziger Malschule. Von Schleswig aus geht jetzt eine Ausstellung seiner Zeichnungen und Aquarelle auf Reisen, deren Auswahl der Künstler noch selbst bis zu seinem Tod Ende Mai diesen Jahres begleitete.

Kontroverse Interpretationen

Mehr in den ostdeutschen, weniger in den westdeutschen Bundesländern gibt es jetzt eine Reihe von Nachrufen und Befassungen mit Leben und Werk Tübkes.

So schreibt Peter Arlt in der „Thüringer Allgemeinen“: „Seine Bilder wirkten denen, die glauben, die Kunstentwicklung befolge das Gesetz eines Gänsemarsches, hoffnungslos anachronistisch. Jetzt wird deutlich: Die Wege sind verschlungen, ‚Die Zeitachsen perforiert‘. Das sagte Werner Tübke. Man missverstand ihn als einen ‚verspäteten Fortsetzer einer eng historisierenden Realismusauffassung der 50er Jahre‘.“

Eduard Beaucamp, Kunstkritiker der FAZ, bemerkt Mitte der 80er Jahre: „Dieser Maler reklamiert ein geschichtliches Kontinuum, das keine gesellschaftlichen Veränderungen, keine Traditionsbrüche und ästhetischen Fortschritte grundlegend stören konnten. Sein marxistisch bestärkter Glaube an solche Kontinuität

und eine vielfach vermittelte und aufgehobene, damit nie verlorene Vergangenheit, sein Gefühl der Nähe und Verwandtschaft zu den alten Meistern erlauben ihm, Themen der Gegenwart in den Anschauungs-, Stil- und Deutungsformen der Geschichte darzustellen, aber auch umgekehrt die Vergangenheit aus dem Problembewusstsein der Gegenwart zu interpretieren.“

Tübke selber: „Die Fülle des seit Jahrhunderten und mehr akkumulierten Wissens im bildnerischen Bereich ist ja riesig groß. Arbeitet man sich dort nicht durch, bleibt nur Dilettantismus.“ Insofern rührte seine Ablehnung der Malerei der Moderne wohl mehr aus einem handwerklich konservativen Blickwinkel.

Der Maler hat Impuls und Absicht seiner Historienmalerei bei der Erläuterung des Monumentalprojektes der achtziger Jahre, des gigantischen Bauernkriegs-Panoramas in Bad Frankenhausen, geschildert. In einem Zeitungsinterview heißt es, ihm gehe es darum, „diese Geschichte ... voll zu besetzen mit der Fülle des Heute, auch mit der möglichen Lascheit, mit der Konzeptionslosigkeit, mit der Problematik des Zuspätgeborenen, des Zufrühgeborenen“.

Während einerseits anerkannt wurde, das Tübke mit seiner traditionsgebundenen Malerei versuchte, „im Bild- und Formklima die Komplexität einer

Zeit zu erfassen“, gab es noch kürzlich im Westen Stimmen, das sei eine überholt altmodische Malerei“ und das Bauernkriegsdrama ein „kunsthistorisch überwürztes Frikassee.“ Dagegen bemerkt noch einmal Peter Arlt: „Tübke umgreift das ikonografische Kompendium von Jahrhunderten, entdeckt seinen zeitübergreifenden Sinngehalt, setzt es neu und erfindungsreich zu einem theatrum mundi zusammen. Reales und Mythisches durchdringen sich wie die Formfindungen, teils in surrealistischen Elementen („Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze“), teils in denen der Frührenaissance, doch vor allem in denen des Manierismus, dem zeichnerischen Stil der heftigen komplizierten Bewegung, den wechselnden Perspektiven, der eleganten oder ins Leere fahrenden Gestik. Diese Epoche erweist sich in unserer Zeit der tiefen globalen Krisenhaftigkeit in vielem als adäquat.“

Der Manierismus: Kunst im späten 16. Jahrhundert

Tübkes Bildkompositionen wurden immer wieder mit denen des Manierismus verglichen, entstanden im späten 16. Jahrhundert. Diese Zeit war eine Zeit der Krisen und Kriege. Die Preisrevolution, die ganz Europa tangierte, die wirtschaftliche Stagnation oder gar Rezession – nicht zuletzt durch die Religions- und Territorialkriege bedingt – riefen soziale Unruhe und politische Bewegung hervor. Antagonistische Kämpfe, die Bildung gegnerischer Fraktionen, auch innerhalb der Führungsschichten, waren an der Tagesordnung. Die herrschenden Eliten konnten auf die Loyalität der Mas-



Werner Tübke. Ausschnitt aus „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Monumentalbild in Bad Frankenhausen, erstellt zwischen 1976 bis 1989



Michelangelo. Bekehrung Pauli. 1542 – 45. Fresko, Rom, Vatikan, Cappella Paolina

sen nicht mehr bauen. Nicht selten waren es die unteren Bevölkerungsgruppen, die die ausländischen Truppen herbeiriefen und sie unterstützten. Mit der Gefährdung ihrer Macht vergrößerten die Eliten ihre Anstrengungen, ihre Herrschaft kulturell glanzvoll abzusichern. So erweiterten sie wiederum den Abstand zu den unteren Schichten und vermehrten

raubt und stattdessen reaktive Gesten und besinnliche Verhaltensformen entwickelt.

Anders bei Tübke. Auch durch seine Herangehensweise. Alle 120 Figuren des Wandbildes „Arbeiterklasse und Intelligenz“, eine Auftragsarbeit für die Leipziger Universität, sind durch reale Modelle belegt. Tübke hat Hörsäle und Seminare und die Baustelle zum Beobachten und Skizzieren besucht und verschiedene Personen später zur Präzisierung ins Atelier geholt. Tübke wollte, nach eigener Auskunft, die einzelne Person kennen lernen und im Porträt studieren. Der Einzelne sollte hier nicht als „Gruppenelement“, sondern möglichst als „Gesamtpersönlichkeit“ erscheinen.

Eduard Beaucamp, persönlicher Freund Tübkes und Kritiker-Institution der „Frankfurter Allgemeinen“, nannte „Arbeiterklasse und Intelligenz“ einmal das „gegenwartsbezogenste, aber auch extrovertierteste Bild“ Tübkes. Es sei ein Schaustück, das mit Hilfe einer neuen Erprobung alter Modelle der Malerei eine Renaissance der Renaissance in der sozialistischen Gesellschaft vor Augen führt und dabei auf offener Bühne die Realität in die Idealität übergehen lässt. Über den Realismus der Details und über den Historismus der Formen habe der Künstler hier eine Vision wiedergegeben, den Traum von einer herrschaftslosen, gleichberechtigten, sich kommunikativ austauschenden, einer geistig inspirierten, ästhetisch geprägten Gesellschaft.

Der zu spät Gekommene? Geschichte mit offenem Ausgang

Der zu spät Gekommene? Geschichte mit offenem Ausgang

„Ich habe im Grunde als Zeichner begonnen, und ich werde wohl als Zeichner auch aufhören. Was dazwischen liegt – die Masse der Bilder, das Hauptwerk – wird erst später eingeschätzt werden können. Da hängt auch im Augenblick zu viel Mensch, Person dran. Mensch, Person, das muss erst weg, verschwinden hier oben samt der leidigen Politik – dann erst kann das Werk richtig Wirkung machen, wird man es klarer sehen: nackt.“ Beaucamp hat dieses Zitat Tübkes dem jetzt von ihm zur Ausstel-

lung herausgegebenen Katalog vorangestellt. Beaucamp bleibt in seinem Vorwort damit leider dem Rechtfertigungszwang verhaftet, der Tübke gegenüber dem Vorwurf, ein „Hofmaler der DDR“ gewesen zu sein, verteidigen zu müssen glaubt.

Besser wäre es gewesen, gerade im Immanuel-Kant-Jahr herauszuarbeiten, wie es Tübke in seinen Gruppenbildern gelingt, durch das „Heraustreten aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ mit der Subjektsetzung und Autonomie der Figuren im Nachhinein einen offenen Ausgang der Geschichte zu verbildlichen. Tübke: „Heute scheint es mir wichtig zu sein, die Fähigkeit für die Utopie zu besitzen, auch die Fähigkeit zur Utopie nach rückwärts. Ich scherze mitunter: Es bleibt alles so, wie es niemals war – und meine es ernst.“ *rua*

Thüringer Allgemeine v. 30.7.04; MDR v. 10. August 2004; Leipziger Volkszeitung v. 20. Juli 2004; Eduard Beaucamp: „Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz“, in der Reihe „Kunststück“, Fischer Taschenbuch Verlag 1985; „Werner Tübke, Monumentalbild Frankenhäusen, VEB Verlag der Kunst Dresden, 1989; „Sozialgeschichte der Malerei“, DuMont Bucherverlag Köln, 1993; „Werner Tübke – Meisterblätter“ – Katalog zur Ausstellung, Prestel-Verlag

Ausstellungstermine:

Noch bis 26. September 2004: Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen, Schloß Gottorf, Schleswig.

16. November 2004 bis 30. Januar 2005: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig/Neubau.

6. März bis 21. Mai 2005: Von der Heydt-Museum Wuppertal



Werner Tübke. Kompositionsstudie zu „Lebenserinnerungen des jur. Schulze III“, 1965

durch ihren Luxus wie schon durch ihre Kriege die Last der Steuern.

Man hat die Kunst dieser Epoche, der Kriege, der sozialen Umschichtungen und der Umorientierung der Werte als Manierismus bezeichnet. Dieser Stil nahm von Italien seinen Ausgang. Er war diejenige Form, in der die Kunst der Renaissance ihre Ausbreitung über ganz Europa fand.

Zeitalter der Aufklärung und Autonomie der Figuren

Tübke, der durch mehrere Italienreisen diesen Stil studierte, hat die Erkenntnisse des Zeitalters der Aufklärung in seine Figuren einfließen lassen. Michelangelo Spätwerk, er selbst war in der Zeit des Manierismus in politische Kämpfe verwickelt, kennzeichnet zum Beispiel zusammengedrückte Gruppen, sodass die einzelnen Figuren kaum noch autonom über den eigenen Raum verfügen. Seine Menschenmengen sind einerseits aus einzelnen reagierenden Personen zusammengesetzt. Andererseits hat Michelangelo diese Individuen sichtlich entmachtet, ihrer aktiven Kompetenzen be-



Werner Tübke. „Arbeiterklasse und Intelligenz“. Ausschnitt aus dem Wandbild in der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1973

1. September, bundesweit: Demonstrationen zum Antikriegstag

1. September, Aachen: Verleihung des „Aachener Friedenspreises“ 2004 an Eren Keskin (Istanbul/Türkei, Menschenrechtsanwältin) und Petersburger Soldatenmütter (Russland), 19 Uhr, Aula Carolina, Pontstraße, Details: <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/2004/2004.html>, VA: Aachener Friedenspreis <http://www.aachener-friedenspreis.de>

2.-3. September, Hamburg: Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: Landtagswahl im Saarland

19. September: Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

26. September: Kommunalwahl in NRW

27. September bis 1. Oktober, Hamburg: Menschen in der Illegalität: Lebensbedingungen von Papierlosen als Herausforderung für die Kommunen. Kriminologische Studienwoche. Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Flügel Ost, Raum 222. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg. Anmeldeschluss: 24.06.2004 Leider kostet das Ganze 248 Euro. Veranstalter: Institut für Kriminologische Sozialforschung (IKS). Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (AWW). Ansprechpartner: Bettina Paul Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/42838-3322; Sekretariat: 040/42838-3329; Fax.: 040/42838-2328 bettina.paul@uni-hamburg.de

1./2. Oktober, Bremen. „Vorwärts – und viel vergessen“. Geschichte sozialer Bewegungen. Kritische HistorikerInnen beschäftigten sich mit der Geschichte neuerer sozialer Bewegungen. Veranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung und AK Kritische Geschichte. Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstr.12. www.kritische-geschichte.de.

2. Oktober, Kiel: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne

14.-17. Oktober, London: Europäisches Sozialforum 2004. Das ESF wurde als Teil des Weltsozialforums (WSF) im brasilianischen Porto Alegre ins Leben gerufen. Die ersten beiden Foren fanden in Florenz (2002) und Paris (2003) statt. Das ESF bietet Gruppen und Organisationen aus Europa und der ganzen Welt die Möglichkeit, zusammenzukommen: soziale Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs, Flüchtlinge, Friedens- und anti-

imperialistische Gruppen, antirassistische Bewegungen, Netzwerke der Ausgeschlossenen etc. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie wir weltweit soziale Gerechtigkeit erzielen können – und wie eine andere Welt möglich werden kann (another world is possible). Mehr infos unter www.fse-esf.org

23. Oktober, Duisburg. Sozialabbau und soziale Gegenbewegungen in Westeuropa, mit TeilnehmerInnen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Die Tagung soll einen vergleichenden Überblick über die spezifischen Formen der Umsetzung neoliberaler Politik und den damit verbundenen Sozialabbau in westeuropäischen Ländern und die sich dagegen entwickelnden sozialen und politischen Bewegungen dieser Länder ermöglichen. Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung NRW.

30./31. Oktober, Potsdam: Parteitag der PDS, Neuwahl PV

31. Oktober, Brüssel: Die Amtszeit der EU-Kommission endet

2. November: Präsidentschaftswahlen in den USA

19./20. November, München. Parteitag der CSU.

3./4. Dezember, Berlin: 10. Kongress Gesundheit und Armut. Der Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“ wird in folgenden Themenbereichen vertieft: – Kinder- und Jugendgesundheit – Gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser – Migration und Gesundheit – Altersarmut und Gesundheit – Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung – Abbau ungleicher Gesundheitschancen – Sucht und Armut – Patienteninteressen und Disease Management – AIDS und Armut – Behinderung und Armut – Armuts- und Gesundheitsberichterstattung – Gesundheitsziele gegen Armut – Neue Strukturen für Gesundheitsförderung – Internationale Debatten zu Armut und Gesundheit

Berlin, 8./9.10.04:
Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS Berlin lädt ein zum Seminar:

„Die kommunitaristische Debatte“

In den USA hat sich in den 80er und vor allem in den 90er Jahren u.a. auf dem Hintergrund der Entfaltung des Neoliberalismus und seiner Folgen eine philosophische und praktisch-politische Richtung herausgebildet, die als Kommunitarismus bekannt wurde. Philosophisch entwickelte sie sich aus der Kritik des liberalen Menschenbildes. Die – sehr unterschiedlichen – kommunitaristischen Autoren problematisieren die liberale Vorstellung des

vereinzelten, autonomen Subjekts und betonen die soziale Einbettung menschlichen Handelns. Politisch versucht der amerikanische Kommunitarismus, die partizipativen Traditionen der amerikanischen Gesellschaft unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft wieder zu beleben. Große soziale und politische Bewegungen in den USA – zuletzt etwa die Cities-for-Peace-Bewegung – sind ohne die breite Kommunitarismus-Debatte der vergangenen Jahrzehnte kaum zu verstehen.

Wir wollen in dem Seminar der Frage nachgehen, ob aus der Auseinandersetzung mit dem Kommunitarismus Anstöße für die linke, sozialistische Debatte über das spannungsreiche Ver-

hältnis von Gerechtigkeit und Konzeption des guten Lebens, von Individuum und Gesellschaft, von Autonomie und Gemeinschaft, von „freier Entwicklung eines jeden“ und „freier Entwicklung aller“ zu gewinnen sind.

Wir lesen und diskutieren Texte von Alexis de Toqueville, Michael Walzer, Charles Taylor, Amitai Etzioni und anderen. Wie immer liegen die Texte zu Beginn des Kurses für alle vor.

Das Seminar findet statt am Freitag, 8.10., 18-21 Uhr, und am Samstag, 9.10., von 10 bis 17 Uhr. im Hoechst-Haus, Steinplatz 1, 10623 Berlin.

Anmeldung erforderlich! Bitte bis spätestens 30. September an info@kag-berlin.de